

Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 5 | Ausgabe 1 | März 2013

Zerstörung der Demokratie

Am 30. Januar jährte sich zum 80. Mal die Übergabe der Macht in Deutschland an die Faschisten um Adolf Hitler. Es ist von der „Macht-ergreifung“ die Rede, doch wurden die Bedingungen für die Machtübertragung an die NSDAP bereits vorher geschaffen. **Seite 4**



Energiewende ohne Plan

Die Energieversorgung ist das Herz-Kreislaufsystem moderner Industriestaaten. Ausgerechnet die von der Physikerin Merkel geführte schwarz-gelbe Bundesregierung macht sie zum Spielball parteipolitischen Kalküls. Eine Energiewende ohne Kompass. **Seite 6**



Alte Lahnbrücke wird behindertengerecht

Das Natursteinpflaster der alten Lahnbrücke wird um einen Pflasterbelag ergänzt, der es insbesondere Menschen mit Rollstühlen und Rollatoren erleichtert, die Brücke zu passieren. **Seite 10**



Mindestlohn kann kommen

Bundesrat folgt SPD Initiative

Am ersten Sitzungstag des Bundesrates nach der Niedersachsenwahl und mit der neuen rot-grünen Mehrheit wurde auf Initiative der SPD eine wichtige Entscheidung getroffen: Der Bundesrat hat der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro zugestimmt!

Während die schwarz-gelb regierten Länder geschlossen gegen den Entwurf stimmten, unterstützten auch die von einer großen Koalition regierten Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland den Mindestlohn, der endlich wieder für faire Löhne in Deutschland sorgen soll.

Damit haben SPD und Grüne erstmals nach der gewonnenen Landtagswahl in Niedersachsen ihre neue Gestaltungsmehrheit im Bundesrat genutzt: Ein von acht Ländern unterstützter rot-grüner Antrag zur Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns erhielt die Mehrheit der Stimmen. Nun ist der Bundestag – und die dortige schwarz-gelbe Mehrheit – am Zug. Sie muss sich entscheiden, ob sie mit den von ihr propagierten Lohnuntergrenzen den Menschen weiterhin Placebos anbieten oder sich endlich auch für menschenwürdige Mindestlöhne stark machen will.

SPD will 8,50 Euro für alle

Die Initiative der rot-grünen Länder will 8,50 Euro als Mindeststundenlohn als einklagbares Recht für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nach Vorstellungen der SPD soll eine zu je einem Drittel von Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Wissenschaft gebildete Kommission den gesetzlichen Mindestlohn jedes Jahr neu festsetzen. Es sollen auch keine Öffnungsklauseln nach unten vorgesehen werden – 8,50 Euro stellt nach den Vorstellungen der Genossen die unterste Grenze dar. Schließlich soll jeder Mensch von seiner Arbeit auch leben können. Das gehört zum Prinzip einer sozialen Marktwirtschaft und ist

ein wesentlicher Bestandteil der Würde von Menschen.

Schwarz-Gelb blockiert Mindestlohn

Seit Jahren weigern sich nun CDU und FDP, den dringend notwendigen Schritt zu gehen und den gesetzlichen Mindestlohn zu ermöglichen. Auch im Bundesrat agieren die Christliberalen nach ihrem altbekannten Strickmuster und setzen damit die jahrelange unsoziale Politik der Bundesregierung fort.

Mit dieser Blockadehaltung machen Union und FDP erneut klar, dass es ihnen mit ihrer Mindestlohn-Rhetorik der letzten Wochen nicht ernsthaft um die Nöte der Menschen geht – sondern nur um Wahlkampf. Nach Ansicht der Wetzlarer SPD ist es geradezu durchsichtig, dass CDU und FDP vor den Wahlen auf Bundesebene schnell noch ein Thema abräumen wollen, das die Menschen in Deutschland als extrem ungerecht empfinden. Sozialdemokraten werden sich aber nicht mit Lohnuntergrenzen zufrieden geben, die nichts mit einem Mindestlohn zu tun haben, betonte der Stadtverbandsvorsitzende der Wetzlarer SPD, Manfred Wagner.

Lohnuntergrenze ist kein Mindestlohn

Das in den letzten Wochen von Schwarz-Gelb wortreich vorgelegte Modell einer sogenannten „Lohnuntergrenze“ soll lediglich für Branchen gelten, in denen es bislang keine Tarifverträge mit entsprechenden Regelungen gibt. Alle tariflich Beschäftigten wären also von dieser „Lohnuntergrenze“ ebenso ausgenommen wie Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Das bedeutet im Klartext, dass die „Lohnuntergrenze“ nicht für jeden und auch nicht überall gelten soll. Damit wird sich im Ergebnis ein Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen in der gesamten Republik entwickeln.

Der Union und den Liberalen ist vorzuwerfen, mit grob irreführenden Begriffen Etikettenschwin-

del zu betreiben, schließlich ist eine „Lohnuntergrenze“ eben etwas ganz anderes als ein flächendeckender und gesetzlich festgelegter Mindestlohn, betonen die Wetzlarer Sozialdemokraten.

Deutschland ist Niedriglohnland

In der jüngsten Bundesratsdebatte bemühten insbesondere die Rednerinnen und Redner der CDU mehrfach die Bedeutung der Tarifautonomie und trugen die Behauptung vor, ein gesetzlicher Mindestlohn hätte negative Auswirkungen auf die Beschäftigtenzahlen in Deutschland.

Diese immer wieder vorgetragene Argumentation ignoriert aber die Fakten im Land: Ein Fünftel aller Beschäftigten in Deutschland arbeitet dem Statistischen Bundesamt zufolge zu Niedriglöhnen, Tendenz seit Jahren steigend. Niedriglohn bedeutet einen Stundenlohn von unter 10,36 Euro. In Ostdeutschland sind es sogar 37 Prozent der Beschäftigten. Und in besonderem Maße sind Frauen, junge Menschen und Beschäftigte im Dienstleistungsbereich betroffen. Der durchschnittliche Stundenlohn geringfügig Beschäftigter in den ostdeutschen Ländern liegt unter 6,50 Euro.

Ob Taxifahrerinnen und -fahrer, Reinigungskräfte oder Beschäftigte in der Gastronomie – 80 Prozent von ihnen arbeiten zu Niedriglöhnen. Friseurinnen und Friseure in Sachsen erhalten laut Hans-Böckler-Stiftung gerade einmal 3,82 Euro pro Stunde! Viele von ihnen müssen deshalb zusätzlich zu ihrem Lohn mit staatlicher Hilfe aufstocken.

SPD: Taten statt Worte

Gegen diese Zustände helfen nach Ansicht der Genossen weder warme Worte noch der Verweis auf die Tarifautonomie. Schließlich sind immer weniger Menschen tarifgebunden beschäftigt. Und selbst da, wo noch tariflich bezahlt wird, sieht es oftmals recht düster aus: In Thüringen sind tarifliche Lohnuntergrenzen von etwa 4,44



Foto: Heiner Jung

Nicht nur der Frühling, auch der Mindestlohn kann kommen

Euro in der Floristik oder 6,26 Euro im Bäckerhandwerk vereinbart worden. Angesichts dieser Entwicklungen darf nicht länger weggeschaut werden. Es bedarf „politischer Antworten“ und klarer gesetzlicher Rahmenbedingungen. Dies hat die SPD mit ihrer Initiative im Bundesrat deutlich gemacht.

Dieser Vorstoß der SPD macht klar: Deutschland braucht einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro – für alle und überall. Damit geben die Sozialdemokraten zugleich jenen drei Vierteln aller Deutschen eine Stimme, die sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aussprechen.

Eines gesetzlichen Mindestlohns, wie es ihn in 20 EU-Ländern bereits gibt – in Frankreich sogar seit 1933!

EU: Gute Erfahrungen mit Mindestlohn

In allen diesen Staaten hat die Einführung eines Mindestlohns aktuellen Studien zufolge keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung gehabt. 14 dieser Staaten haben zu Jahresbeginn 2013 ihre geltenden Mindestlöhne sogar noch einmal angehoben! Damit liegt das Lohnminimum in Westeuropa der Hans-Böckler-Stiftung zufolge derzeit zwischen 8,65 Euro (Irland) und 10,83 Euro (Luxemburg).

Politik

Neujahrsempfang der Wetzlarer SPD

Joachim Mertes spricht vor 200 Gästen

Seite 2



Rolladen
Sauter
Metall- u. Kunststoffbau
Fenster · Tore · Sonnenschutz

Beim Eberacker 5
35633 Lahna-Dorlar
Telefon: 0 64 41/94 33-0
www.sauter-mkb.de

warema
SCHÜCO

Fenster · Türen · Vordächer · Wintergärten · Markisen · Rollläden · Rolltore
Rollgitter · Jalousien · Klappläden · Tore & Zäune · Insektenschutz

Aus dem Inhalt

AUS DER STADT

Neues, gerechtes Kindergeld

6



AUS DER STADT

B49-Anschluss Dutenhofen

7



AUS DER STADT

Ski-WM in Schladming

10



AUS DEN STADTTEILEN

Heringessen

11



AUS DER STADT

Kandidatur Dagmar Schmidt

13



AUS DER STADT

Radverkehr in Wetzlar

13



JUSOS

Sexismusdebatte

14



GESELLSCHAFT

Das Kuheselpferd

15



Neujahrsempfang der SPD Wetzlar

Rheinland-pfälzischer Landtagspräsident Joachim Mertes beim Neujahrsempfang der Wetzlarer SPD

Einen überzeugten und engagierten Fürsprecher Europas konnte Manfred Wagner als Vorsitzender des SPD Stadtverbandes Wetzlar zum Neujahrsempfang im Nachbarschaftszentrum Niedergirmes begrüßen. Mit Joachim Mertes (SPD), Landtagspräsident des Landes Rheinland-Pfalz, war ein Politiker mit sehr basisnahen Wurzeln in Wetzlar zu Gast.

Die Begrüßung war dann auch sehr herzlich. Manfred Wagner konnte zudem Wetzlars Oberbürgermeister Wolfram Dette ebenso begrüßen wie Waldemar Kleber für die Stadtverordnetenversammlung, den Fraktionsvorsitzenden der SPD Wetzlar Jörg Kratkey und den Ersten Kreisbeigeordneten des Lahn-Dill Kreises, Heinz Schreiber. Dass auch Vertreter der anderen Fraktionen, Repräsentanten von Vereinen und Bürgerschaft zu diesem jährlichen Empfang anwesend waren, zeigt das Interesse am gesellschaftlichen Miteinander.

Dieses Miteinander beschrieb der Gastredner Joachim Mertes dann auch mit einem weitgefassten Bogen zum Zustand Europas. Aus dieser Standortbeschreibung der jetzigen und der kommenden Mitgliedsstaaten Europas waren nicht nur lobende Worte zu hören. Wer sich in Europa engagieren will, muss sich auch mit allem Wenn und Aber dazu bekennen, betonte Mertes. Gemeint war allerdings nicht das von Bürokraten aus Brüssel erfundene „Gurkenkrümmungsgesetz“ oder die Glühlampenverordnung, sondern die Tatsache, dass Großbritannien eigentlich lieber eine „Insel“ bleiben möchte, wenn man den Reden des Premierministers folgt.

Dass der Grundstein für ein friedliches und vereintes Europa sicherlich als großer Verdienst Konrad Adenauers und Charles De Gaulles zu sehen ist, bleibt auch nach Ansicht des Redners über Parteigrenzen hinaus unumstritten. Dass selbst Winston Churchill 1946 in seiner Züricher Rede dazu aufgefordert hat, sich auf die Deutschen zuzubewegen, zeigt wie wichtig der Gedanke schon damals war. Aller Anfang war nicht gerade einfach. Der erste Schritt in die richtige Richtung war die deutsch-französische Verständigung. Von einer Freundschaft wie sie heute gerne propagiert wird, war noch lange keine Rede. Mit der Gründung der Montan-Union 1951 und der Idee einer gemeinsamen Verteidigungsgemeinschaft 1952 war es der richtige Weg zur Gründung der Europäischen Wirtschafts-



Von links: Jörg Kratkey, Joachim Mertes und Manfred Wagner



Joachim Mertes bei seinem engagierten Europabekenntnis

gemeinschaft 1957. Dass man Freundschaften zweier Staaten mit dem Élysée Vertrag von 1963 per Vertrag festschreiben musste, zeigt eher die Unbeholfenheit der Staaten in dieser Zeit, wertete der

Landtagspräsident. Mit der Einführung des Euro 1999 als Gemeinschaftswährung von am Anfang elf Staaten war aber auch ein deutlicher wirtschaftlicher Mehrwert für Europa geschaffen. Niemand konnte in den ersten Jahren aber ahnen, wie schwierig sich Europa gestalten sollte. Staaten wie Griechenland mit geschönten Zahlen, Irland mit einer schwachen und Spanien mit einer maroden Volkswirtschaft stellen ganz aktuell dieses Europa vor eine große Herausforderung und fachen eine enorme Diskussion über die Stabilität Europas an. Dass daraus die Frage erwächst, ob es nicht besser wäre, wenn Griechenland einen Ausstieg aus dem Euro anstreben sollte, führt ja ohnehin zu nachhaltigen politischen wie wirtschaftlichen Debatten der Mitgliedsstaaten. Wir vergessen leider auch, dass Deutschland wohl am stärk-



Wie immer fand ein reger Gedankenaustausch statt



Karl Ihmels kann auch mit den Händen Wind machen

ten von diesem gemeinsamen Europa profitiert hat, bemerkte Mertes. Ob es auf lange Sicht kostengünstiger wäre, sich von einigen Staaten zu trennen, bleibt fraglich. Den Präsidenten des Europaparlamentes, Martin Schulz, zitierte er mit den Worten „Ohne Europa hat Deutschland keine Chance“ und verweist auf die wachsenden Märkte Chinas und Indiens, die Europa zum einheitlichen Handeln zwingen.

Eine interessante, allerdings auch nachdenklich machende Rede, die Joachim Mertes vortrug. Wie bei jedem guten Vortrag waren die Anwesenden auch teilweise gespalten in der Zustimmung zu einem wirklichen Europa. Im Ergebnis aber sprechen viele ökonomische, politische und selbst historische Betrachtungsweisen für ein geeintes Europa.



Gut gelaunte Jusos



Münchholzhäuser Stam mgäste

WetzlarCard eingeführt

CDU lehnt Teilhabemöglichkeiten ab

Das Wetzlarer Stadtparlament hat mit großer Mehrheit und gegen die Stimmen der CDU die WetzlarCard eingeführt. Für die Wetzlarer SPD ist dies ein Beitrag zur Verwirklichung einer solidarischen Stadtgesellschaft und ein wertschätzendes Signal gegenüber den Betroffenen. Dagegen wettern die Christdemokraten gegen die WetzlarCard. Sie sehen sie als überflüssig an. Die WetzlarCard sei ein Zeichen sozialdemokratischer „Klientelbefriedigung“.

Wie Bürgermeister Manfred Wagner (SPD) betonte, leben in Wetzlar über 14% der Einwohnerinnen und Einwohner am Rande des Existenzminimums. So beziehen rund 7.500 Wetzlarer Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialgesetzbuch II), Hilfen zum Lebensunterhalt und zur Grundsicherung im Alter (SGB XII), aber auch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Kinderzuschlagsleistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz.

Diesen Menschen ist es oftmals nicht möglich, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen, weil ihre finanzielle Situation den Besuch einer Theateraufführung, eines Konzerts, einer Bildungsveranstaltung oder aber eines sportlichen Events nicht gestattet.

„Wir haben in Wetzlar ein vielfältiges Angebot, das von der Stadt selbst gewährleistet oder durch städtische Zuwendungen und mit öffentlichen Geldern nachhaltig gefördert wird“, erklärte der Bürgermeister. Daher sei es nur konsequent, auch all diejenigen zur aktiven Teilhabe einzuladen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stünden.

Der Ausdruck der „Klientelbefriedigung“, der von den Wetzlarer

Christdemokraten immer wieder ins Spiel gebracht werde, sei ebenso unpassend wie auch der Hinweis, mit den geförderten Leistungen werde die Hilfe zur Selbsthilfe unterminiert. Diese Einlassungen machen nach Ansicht der Wetzlarer SPD aber deutlich, dass die „Schwarzen“ die Problemlagen der Betroffenen offensichtlich überhaupt nicht „auf dem Schirm“ haben. Für sie ist es auch ganz offensichtlich nicht denkbar, dass der weitaus überwiegende Teil der auf staatliche Hilfen Angewiesenen absolut unverschuldet in die Not-situation geraten ist.

„Gegen diesen Politikentwurf der Konservativen setzen wir unseren Ansatz der Wertschätzung und der Teilhabe“, sagte Fraktionschef Jörg Kratkey. Seine Fraktion begrüße es sehr, dass das in Wetzlar schon lange diskutierte und in der letzten Wahlperiode von der sogenannten Bürgerlichen Koalition abgelehnte Vorhaben nunmehr zur Umsetzung komme und auch aktiv beworben werde.

Das Leistungspaket umfasst zum Zeitpunkt der Einführung der WetzlarCard für den Personenkreis der Berechtigten die Befreiung von den Beiträgen für die Kindertagesstätte, die unentgeltliche Nutzung der Leistungen der Stadtbibliothek, den entgeltfreien Besuch der Wetzlarer Museen, hälftige Preisreduzierungen bei den Angeboten im Rahmen des Ferienpasses und den Bildungsangeboten des Jugendbildungswerkes, der Volkshochschule und des städtischen Seniorenbüros sowie für einzelne Angebote der Wetzlarer Musikschule. Zudem sind Preisnachlässe beim Besuch der Wetzlarer Bäder im Paket ebenso enthalten wie die unentgeltliche Nutzung der Freizeithalle im Westend



zur Gestaltung von Geburtstagsfeiern für Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres. Klar ist, dass sich dieses Angebot an der tatsächlichen Verfügbarkeit der Halle orientiert.

Sehr erfreut ist Bürgermeister Wagner, dass die Stadt bei der Umsetzung der WetzlarCard mit der Kulturloge Lahn-Dill unter ihrem Vorsitzenden Karl-Ludwig Kreuzburg kooperieren kann. Die zur Verfügung stehenden kulturellen, aber auch die sportlichen Angebote werden für die Inhaber der WetzlarCard von der Kulturloge vermittelt. In diesem Zusammenhang appellierte der Bürgermeister an alle Vereine und Kulturinitiativen in der Stadt, verfügbare Kartenkontingente der Kulturloge zur Verfügung zu stellen, um möglichst vielen Kulturgästen ein Angebot machen zu können.

„Ich hoffe sehr, dass viele Berechtigte von der WetzlarCard Gebrauch machen werden“, erklärte Bürgermeister Manfred Wagner und wies darauf hin, dass die WetzlarCard beim Sozialamt der Stadt erhältlich sei.

Bedienstete der Stadtverwaltung erlernen die Gebärdensprache

Manfred Wagner: Ein wichtiger Schritt zur Inklusion

Die Stadt Wetzlar hat zum ersten Mal einen Gebärdensprachkurs angeboten. Die Stadt trägt die Lehrgangskosten und die Mitarbeitenden bringen ihre Freizeit ein.

„Dies ist keineswegs selbstverständlich“, betonte Bürgermeister und Sozialdezernent Manfred Wagner, der das Interesse und den Einsatz der Beschäftigten lobte. Auf diesem Weg könne ein weiterer Schritt zur Inklusion getan werden.

Zu den Teilnehmern des Lehrgangs gehören auch Beschäftigte der Kreisverwaltung und des Job-Centers Lahn-Dill. Bürgermeister Wagner zeigte sich bei der Auftaktveranstaltung sehr erfreut, dass dieses Fortbildungsangebot auf großes Interesse gestoßen sei und



Ohne Übersetzerin keine Teilhabe. Simone Pfitzner, Gehörlosen-Seelsorgerin im Einsatz.

sich 23 Beschäftigte bereit erklärten, die Gebärdensprache erlernen zu wollen.

Auch Stadträtin Bärbel Keiner, zugleich Vorsitzende des Behindertenbeirates der Stadt Wetzlar, würdigte das Engagement der

Mitarbeitenden. Der Gebärdensprachkurs, der in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Stiftung für Gehörlose und Schwerhörige durchgeführt wird, trage dazu bei, Gehörlosen den Besuch im Rathaus künftig zu erleichtern.

STANDPUNKT



Jörg Kratkey

Wetzlar ist eine weltoffene Stadt. Das hat sich nicht nur beim Hessentag 2012 gezeigt, als sich viele Besucherinnen und Besucher mehr als nur angenehm überrascht von der Gastfreundschaft der Wetzlarerinnen und Wetzlarer zeigten. In Wetzlar leben Einwohner aus 112 Nationen. Knapp 6.300 Einwohner, also 11,7% der Gesamtbevölkerung sind, so der offizielle Sprachgebrauch, nichtdeutscher Herkunft.

Aber auch unsere national und international agierenden Firmen leben von einem weltoffenen Klima in dieser Stadt. Seies Leica Microsystems, die ebenso Geschäftsbeziehungen in alle Welt pflegt, wie die Firma Zeiss oder Buderus/Bosch. Auch die Firma Leica Camera würde nicht jetzt ihren Sitz und ihren Betrieb von Solms nach Wetzlar verlegen, wenn nicht ein offenes, vertrauensvolles, von respektvollem Miteinander geprägtes Klima vorherrschen würde.

Alle Einwohner, Handel, Gewerbe, Industrie profitieren davon, dass es sich in Wetzlar gut leben und arbeiten lässt. Die gebotene Infrastruktur ist gut, die Rahmenbedingungen sind verlässlich. Und doch, es gibt sie, die dunklen Schatten, die aufziehenden Wolken. Länger schon, doch immer stärker öffentlich präsent. Die Ewiggestrigen haben Wetzlar als Tummelplatz entdeckt. Vor einigen Jahren war es eine Großdemonstration der Rechtsradikalen, die gerade ältere Einwohner, welche die Nazizeit bewusst erlebt hatten, erschauern ließ und die bewusst auf die Insignien der NS-Zeit zurückgriff. Danach kam der Brandanschlag von der rechtsradikalen Szene zuzurechnenden Männern auf das Haus eines Pastoralreferenten der katholischen Kirche, Einschüchterungsversuche bei Besuchern von Konzertveranstaltungen „Rock gegen Rechts“ und die permanent wild angebrachten Aufkleber mit einer Mischung aus revisionistischen oder rechtsradikalen Parolen.

Und jüngst prangte insbesondere an Unterführungen ein Schriftzug „National befreite Zone“. Aber so nicht! Wetzlar ist keine Stadt der Nazis. Wetzlar ist und bleibt weltoffen, friedlich und tolerant. Und zwar für alle und jeden. Die politischen Kräfte aus SPD, FDP, Grünen und FWG zeigen daher auch eine klare Kante gegen die Rechtsradikalen. Dazu kommt ein entschlossenes gemeinsames Vorgehen der Polizei und des städtischen Ordnungsamtes. Kein Verstoß wird geduldet, jeder großen und kleinen Sache wird nachgegangen. Das mag mühsam sein, keine Frage. Aber es lohnt sich, immer wieder klar und deutlich Flagge gegen die Nazis zu zeigen. Ihnen gehört unsere Stadt nicht. Sie gehört allen Einwohnerinnen und Einwohnern, die hier gerne leben wollen und nicht ein paar Dumpfbacken, die ihre plumpen Parolen grölen und aus der Geschichte nichts gelernt haben.

Rechtsradikalismus ist keine politische Richtung. Er ist ein Verbrechen, wie uns leidvoll die Geschichte gelehrt hat. Das darf sich nicht wiederholen und für diejenigen, die in einem diffusen Mix aus Rassismus, überhöhtem Nationalismus, antidemokratischen Strukturen, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt leben, bieten wir in Wetzlar keine Bühne. Zu keiner Zeit. Streitbare Demokraten müssen es nicht hinnehmen, dass diejenigen, die die Demokratie bekämpfen, auch noch den Schutz demokratischer Strukturen in Anspruch nehmen wollen. Zeigen auch Sie Flagge!

Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar
Telefon (06441) 209 2520
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortlicher Redakteur:
Manfred Wagner

Redaktion:
Jörg Kratkey, Christopher Bursukis,
Peter Helmut Weber, Waldemar Kleber,
Bärbel Keiner, Tobias Rompf

Anzeigen: Christoph Görg

Gestaltung, Satz und Layout:
Heiner Jung, Bodo Keil, Denis Schikunow
Marcellini Media GmbH, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei

Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100% Recycling Papier verwendet.

Die CO₂-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.

Print kompensiert
14-Nr. 1327045
www.bvdm-online.de

Stabgitterzäune preiswert sicher dauerhaft	Überdachungen, Schlosser- und Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Fenster- und Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen, Tore	Kräuter Schmiedeeisen-Metallbau	Wetzlar-Steindorf In der Murch 16-18 Telefon (064 41) 92 48 60 Fax 21 11 82 Auch im Internet: www.kraeuter-schmiedeeisen.de
--	--	--	---

Die Zerstörung der Demokratie

Am 30. Januar jährte sich zum 80. Mal die Übergabe der Macht in Deutschland an die Faschisten um Adolf Hitler

Immer wieder wurde es so dargestellt, als hätte Hitler die Macht an sich gerissen („Machtergreifung“). Wahr ist aber, dass die konservativen Kräfte aus Industrie, Banken, Militär und Junkern in der Weimarer Republik alles daransetzten, um jeden Preis wieder die Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals zu ändern. Ideologische, politische und soziale Bedingungen für die Machtübertragung an die NSDAP wurden bereits lange vorher geschaffen.

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches und nach der Novemberrevolution 1918 war in Deutschland die erste parlamentarische Demokratie errichtet worden. An den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen hatte sich jedoch praktisch nichts geändert. Insbesondere die Machtpositionen der alten Führungsschichten in Militär, Verwaltung, Justiz, Erziehungswesen, Presse und – vor allem – in der Wirtschaft waren erhalten geblieben.

Als sich 1923 die wirtschaftliche Situation der Menschen dramatisch verschlechtert hatte, war es zu einem letzten Aufbäumen der revolutionären Bewegung gekommen, die mit der Niederschlagung des Hamburger Aufstands endete und in dessen Folge der Reichstag am 13. Oktober 1923 ein Gesetz erließ, durch welches die ohnehin schon 1919 in der Weimarer Verfassung verankerte starke Machtstellung des Reichspräsidenten weiter ausgebaut wurde. Damit konnte eine legale Diktatur ermöglicht werden. Die Wahl Hindenburgs 1925 zum Reichspräsidenten war ein Markstein auf dem Weg zum Untergang der Weimarer Republik, die Übertragung der Macht durch ihn an Hitler die Besiegelung!

Nachdem sich die Manager von Industrie und Banken heftig verspekuliert hatten, hatte am 24. Oktober 1929 ein dramatischer Verfall der Aktienkurse an der New Yorker Börse begonnen. Binnen kürzester Zeit waren Produktion und Beschäftigung in allen Industrieländern dramatisch gesunken. Preise und vor allem Löhne stürzten ins Bodenlose. Die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes versagten ebenso wie die Instrumente der Wirtschaftspolitik. Die konjunkturelle Krise der internationalen kapitalistischen Wettbewerbswirtschaft ging in eine tiefgreifende strukturelle Krise über, mit dramatischen politischen Folgen.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 erzeugte nicht nur eine ungeheure Massenarbeitslosigkeit, sondern wurde auch von den Unternehmern für einen drastischen Abbau von Löhnen und Sozialleistungen genutzt. Der Riss, der zwischen den beiden großen deutschen Arbeiterparteien (SPD und KPD) entstanden war, schwächte die Position und Abwehrkraft der Arbeiterbewegung insgesamt und begünstigte die antidemokratische Revisionspolitik des bürgerlichen Lagers.

Bis zum Bruch der Großen Koalition hatten sich die Sozialdemokraten seit 1928 manchmal bis an die Grenze der Selbstverleugnung



kompromissbereit gezeigt, um die Koalition der Demokraten zu erhalten. Unter dem Eindruck der unternehmerischen Kompromisslosigkeit im Ruhreisenstreit und der die Substanz des Sozialstaates gefährdenden Positionen des Koalitionspartners DVP war dem Kabinett Müller am 27. März 1930 nur der Rücktritt geblieben. Ohne vorherige Koalitionsverhandlungen ernannte Reichspräsident von Hindenburg allerdings schon drei Tage später den neuen Reichskanzler – Heinrich Brüning. Wie es schien war der Bruch der Großen Koalition im Umfeld des Reichspräsidenten von langer Hand geplant. Brüning hatte in seiner Antrittsrede vom 1. April 1930 angekündigt, dass die neue Regierung notfalls ohne und gegen das Parlament arbeiten werde. Dies sollte mit den Machtmitteln des Reichspräsidenten erfolgen, nämlich durch Notverordnungen nach Artikel 48 WV und Reichstagsauflösung nach Artikel 25 WV. Eine solche Konstruktion war allerdings in der Verfassung nicht vorgesehen gewesen.

Das durch den Reichspräsidenten ernannte Präsidialkabinett unter Brüning konnte nur als Minderheitsregierung durch Notverordnungen (des Präsidenten) regieren. Brüning ließ von Anfang an keinen Zweifel an seiner antimarksischen und antiparlamentarischen Regierungsführung. Nach einem massiven Misstrauensvotum ließ Brünings Nachfolger von Papen das Parlament umgehend wieder auflösen. Er verfolgte die Idee eines Neuen Staates mit einem übergeordneten aristokratischen und berufsständischen Oberhauses, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten ernannt werden sollten, sowie der Unabhängigkeit des Reichskanzlers vom Vertrauen des Reichstags. Damit hatten sich die antidemokratischen Kräfte um den Reichspräsidenten durchgesetzt. In den folgenden Novemberwahlen 1932 konnten die Arbeiterparteien SPD und KPD allerdings ihren Stimmenanteil wieder erhöhen, die NSDAP verlor über 2 Millionen Wählerstimmen. Eine neue parlamentarische Mehrheit war ausgeschlossen, da die klar antiparlamentarischen Parteien KPD, NSDAP und DNVP zusammen über die Mehrheit verfügten, aber nicht miteinander koalieren konnten. Von Papen schlug Hindenburg daher eine Auflösung des Parlaments und das Herausögern von Neuwahlen, mithin eine zeitweise Diktatur, vor.

Große Teile der Hochfinanz und

Schwerindustrie zogen aus den Stimmenverlusten der Faschisten den Schluss, dass jetzt alles getan werden müsse, um „eine vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängige Regierung“ (also Diktatur) Hitlers zu errichten, bevor seine Anhängerschaft auseinanderfiele und die damit mühsam und teuer aufgebaute Massenbasis zerbröckle.

Führende Wirtschaftsgrößen ersuchten Hindenburg, „die verantwortliche Leitung [...] eines Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe“ – also Hitler – zu übertragen.

In dem von Vertretern des Kapitals vermittelten Treffen Hitlers mit von Papen am 4. Januar 1933 in Köln sehen Historiker die eigentliche Geburtsstunde des Dritten Reiches. Hitler und von Papen einigten sich darauf, die Regierung von Schleichers zu stürzen und gemeinsam eine Rechtskoalition Hitler-Hugenberg-Papen zu bilden. Bei der Zusammenkunft sollen erhebliche Finanzmittel (2 Millionen Reichsmark) zur Gesundung der Parteifinanzen der NSDAP eingebracht worden sein. Bei einem weiteren Treffen mit 25 führenden Großindustriellen wurden von diesen weitere 3 Millionen Reichsmark für einen Wahlfeldzug eingebracht, der es „überflüssig machen sollte, Steuergelder für politische Zwecke zu verwenden“.

Als Reichskanzler Paul von Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 mit der Führung einer rechten Koalitionsregierung beauftragte, den Reichstag auflöste, am 4. Februar 1933 mit der Verordnung „zum Schutz des Deutschen Volkes“ die Versammlungs- und Presse-Freiheit einschränkte und mit der Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. März 1933 („Reichstagsbrandverordnung“) den Faschisten praktisch unumschränkte Macht verlieh, tat er dies also keineswegs aus seniler Schwäche, sondern in dem vollen Bewusstsein, „dass das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung

und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.“ (Zitat aus Hindenburgs politischem Testament).

Die Machtübergabe an die Faschisten bedeutete für viele Menschen Verfolgung und Vernichtung. Betroffen waren Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Anarchisten, Juden, Christen, Bibelforscher (Zeugen Jehovas), Sinti, Homosexuelle, Behinderte, kurz alle, die sich nicht mit dem faschistischen Machtapparat abfinden wollten oder nicht in das Men-

kreuz und Stahlhelm durch Wetzlar zogen und die enge Beziehungen zur konterrevolutionären „Organisation Consul“ unterhielten, welche in Hessen den Aufbau von „nationalsozialistischen Zellen“ vorantrieb. Einige Aktivisten dieser Organisation, die 1922 in das Attentat auf den Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, involviert waren, schlüpfen in Wetzlar unter. Während des Verbots der NSDAP (1923 bis 1925) fanden die Parteigenossen in Wetzlar ihre Heimat bei vom Verbot nicht betrof-

Verluste		Gewinn	
Erster Weltkrieg 1914–1917 	Tote:		Insgesamt: 50 Mrd. RM
	Insgesamt	10 Mio.	Krupp 800 Mio. RM
	Deutsche	2 Mio.	Stinnes 900 Mio. RM
			Hanomag 120 %
	Verwundete:		des Kapitals
	Insgesamt	20 Mio.	
	Deutsche	4 Mio.	
	Kriegskosten:		
	Insgesamt	340 Mrd. RM	
	Zerstörung:		
	Insgesamt	37 Mrd. RM	
Zweiter Weltkrieg 1939–1945 	Tote:		Insgesamt: 60 Mrd. RM
	Insgesamt	55 Mio.	Krupp 3 Mrd. RM
	Deutsche	7 Mio.	Deutsche Bank 5 Mrd. RM
	UDSSR	20 Mio.	Vereinigte 3 Mrd. RM
	Polen	6 Mio.	Stahlwerke
	Asien	14 Mio.	Siemens 2 Mrd. RM
			Flick 1 Mrd. RM
	Ermordete in KZs		
	Insgesamt	11 Mio.	
	Juden	6 Mio.	
	Verwundete	90 Mio.	
	Kriegskosten:		
	Insgesamt	1350 Mrd. RM	

Quelle: Reinhard Kühnl: „Faschismus in Quellen und Dokumenten“, 5. Auflage, Pahl Rugenstein

schensbild der Nazis passten.

Die „geschichtliche Sendung unseres Volkes“ kostete 55 Millionen Tote, davon 7 Millionen Deutsche. In KZs wurden von den Nazis 11 Millionen Menschen getötet, davon 6 Millionen Juden.

Der deutsche Faschismus begann auch in Wetzlar nicht erst 1933.

Der Zeitzeuge Franz Walther (SPD) berichtet von Aufzügen der Brigade Erhard, die mit Haken-

fenen völkischen Organisationen. 1928 wählten 119 Wetzlarer die NSDAP. 1930 dagegen gaben 2368 Wetzlarer den Nazis ihre Stimme. Ab 1931 verstärkte die Wetzlarer NSDAP-Ortsgruppe ihre Agitation. Dabei trug sie die politische Auseinandersetzung auf die Straße. Wiederholt kam es zu tätlichen Übergriffen von SA-Leuten und dem Stahlhelm auf Veranstaltungen und Kundgebungen des Reichsbanners. Franz Walther: „Überall hat es Kravalle gegeben. Auch Schlägereien, z. B. an der Hofstatt in Wetzlar während eines Aufmarschs des Reichsbanners. Einem Aufruf des Reichsbanners zu einer Demonstration gegen den Faschismus folgten im Juli 1931 in Wetzlar noch mehr als 4000 Menschen. Im Vergleich zu den sozialdemokratischen und liberalen politischen Kräften blieb die Wetzlarer NSDAP bis Anfang 1933 mit rund 300 eingetragenen Parteimitgliedern eine relativ kleine Gruppe. So ist auch aus Wetzlar kein faschistischer Aufmarsch zur Feier der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bekannt. Aber wie in Berlin und anderswo im Reich feierten auch in Wetzlars Nachbargemeinden die Faschisten den „Tag der Machtübergabe“ mit Triumphkundgebungen und Fackelzügen. Mit einem „Fackelmarsch zur Auflösung der Demokratie“ zogen in den Abendstunden SA- und SS-Männer, begleitet von vielen euphorischen Hitler-Anhängern in Zivil, mit brennenden Fackeln durch Gießen.

Braun verbietet Rot!

Mit der Begründung, dass die Auslandsleitung der Partei auch vor „hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung“ nicht zurückschrecke, wird die SPD am 22. Juni 1933 von Reichsinnenminister Wilhelm Frick verboten.

In der Verbotsverfügung heißt es: „Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden. Den Ausgeschlossenen werden selbstverständlich die Diäten gesperrt. Der Sozialdemokratie kann auch nicht die Möglichkeit gewährt werden, sich in irgendeiner Form propagandistisch zu betätigen. Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei sowie ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen werden nicht mehr erlaubt werden, ebenso dürfen sozialdemokratische Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr herausgegeben werden. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen wird, soweit es nicht bereits in Verbindung mit der Auflösung der Freien Gewerkschaften sichergestellt worden ist, beschlagnahmt. Mit dem landesverräterischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei ist die weitere Zugehörigkeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegehalt beziehen, zu dieser Partei selbstverständlich unvereinbar.“

Quelle: <http://www.wissen.de/braun-verbietet-rot?keyword=braun%20verbietet%20Rot>

Die FDP und die Energie

Wetzlar Schlusslicht bei erneuerbarer Energie



Foto: Heiner Jung

Im Oktober 2009 gedachten Bürger und offizielle Vertreter der Stadt Wetzlar durch die Verlegung der Stolpersteine des Gunter Demnig ihrer vertriebenen und ermordeten jüdischen Mitbürger

Ein „großer Fackelzug“ der „NSDAP-Stützpunkte Rodheim und Bieber [...] zu Ehren des Reichspräsidenten und zur Einführung des neuen Reichskanzlers“ wurde in Biebertal durchgeführt, über den der Wetzlarer Anzeiger berichtete: „Der Jubel konnte keine Grenzen. Immer mehr Volksgenossen schlossen sich dem Zuge an, sodass dieser schließlich eine Stärke von schätzungsweise 500 Menschen erreichte.“ Auf der Kundgebung sprach der aus Bieber stammende Faschist Wilhelm Haus, der später als der berühmte NSDAP-Kreisleiter in der Buderus-Villa residierte, die bis 1945 als Sitz der NSDAP-Kreisleitung („Braunes Haus“) diente. Er war auch verantwortlich dafür, dass am Tag vor dem Einzug der Amerikaner Jakob Sauer gehängt wurde, weil er an seinem Haus ein Pappschild angebracht hatte mit der Aufschrift „Schütze mein Haus, wir sind keine Nazis, wir begrüßen die Befreier“.

Einem Aufruf der „Eisernen Front“ folgten am 26. Februar 1933 in Wetzlar noch 2000 Menschen, um für die Demokratie und gegen den Faschismus zu demonstrieren. Es sollte für lange Zeit die letzte große Demonstration demokratischer Kräfte in Wetzlar bleiben, denn die Faschisten nutzten den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933, um rigoros gegen die politische Opposition vorzugehen.

Für die Wetzlarer NSDAP, die am Vorabend mit einer großen „vaterländischen“ Kundgebung einschließlich Fackelzug noch einmal ihre Macht und Präsenz bekundet hatte, war das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ernüchternd: Mit 37,4 Prozent lag die NSDAP in Wetzlar weit unter dem reichsweiten Ergebnis von 43,9 Prozent, mit dem die NSDAP die erhoffte absolute Mehrheit deutlich verfehlt hatte.

Nachdem der Versuch, auf legalem Wege durch „freie“ Wahlen an die Macht zu kommen gescheitert war, wurden Terror und die Ausnutzung des staatlichen Machtapparates die alleinigen Mittel der „Machtergreifung“. Auch in Wetzlar.

1933 lebten in Wetzlar noch 132 Juden, 1938 noch 64. 1942 und 1943 wurden die letzten 34 noch hier lebenden Juden deportiert.

Faschismus – er hatte auch in Wetzlar viele Namen und viele Gesichter. Und es gibt in Wetzlar viele Orte, die an diese grausame Zeit erinnern und uns mahnen. Orte, die uns heute eigentlich Mahnmale sein müssten, würden wir verantwortungsbewusst mit unserer Geschichte umgehen.

Angesichts des aktuellen Terrors von Rechts ist dies dringender denn je.

Daher gibt es jetzt in Wetzlar den „Weg der Erinnerung – eine antifaschistische Stadtführung“!

Bei der Erzeugung erneuerbarer Energie bewegt sich Hessen im bundesweiten Vergleich am Ende der Tabelle und innerhalb Hessens spielt Wetzlar in der untersten Liga. Das ist die Bilanz schwarz-gelber Energiepolitik auf Landesebene und in Wetzlar. An Personen festgemacht: OB Dette und Bürgermeister i. R. Breidsprecher. Letzterer steht dazu. Das ehrt ihn.

Der OB demgegenüber lässt sich in gewohnter Pose neuerdings im Vordergrund neuerrichteter Solarprojekte ablichten. Die FDP erklärt in der Wetzlarer Depesche vom Dezember 2012 die Energiewende zu einem ihrer Hauptthemen, nicht ohne die von Rot-Grün eingeführte EEG-Umlage zum Preistreiber zu stempeln.

Nicht nur, dass sie vier Jahre lang Gelegenheit gehabt hätte, diesen von ihr beklagten Zustand zu verändern. Ohne das EEG gäbe es die Energiewende gar nicht. Sie ist deren Basis. Schwarz-Gelb hat sie sich zu eigen gemacht und in eine völlig falsche Richtung gelenkt. Zum Wohle der Energiewirtschaftsriesen hat Schwarz-Gelb die Einspeisegebühr für Offshore-Strom knapp unter 20 Cent/kwh festgesetzt und zudem aus der Degression herausgenommen. Offshore-Strom ist schon jetzt nahezu doppelt so hoch gefördert wie Strom aus dem Binnenland und höher subventioniert als Sonnenstrom; hinzu kommen noch die beträchtlichen Kosten der Stromautobahnen, die benötigt werden, um den Windstrom zu den Verbrauchern zu lenken.

Dies wird die EEG-Umlage – wie auch die Netznutzungsgebühren – schon in absehbarer Zeit dramatisch in die Höhe treiben. Schwarz-Gelb muss daher einem gütigen Schicksal dankbar sein, dass der Bau der fertig projektierten Wind-



Foto: Fotolia

parks auf hoher See – aus welchen Gründen auch immer – zunächst einmal gestoppt worden ist. Der subventionsbedingte Anstieg der Strompreise wird so erst nach der Bundestagswahl stattfinden.

Demgegenüber setzt sich die rasanten Talfahrt der Einspeisegebühr wie auch der Module für Sonnenstrom aktuell völlig ungebremst fort. Offensichtlich wird der Photovoltaik-Strom viel eher marktfähig werden als der Strom aus Nord- und Ostsee. Damit fehlt dem von der FDP propagierten neuen Förderungsmodell, mit dem das EEG abgelöst werden soll, jegliche ökonomische Basis.

Die Stromanbieter sollen künftig verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz erneuerbarer Energien anzubieten. Sie würden dann mit Sicherheit keinen Strom aus Nord- oder Ostsee kaufen und in ihr Portfolio aufnehmen, sondern Windstrom aus dem Binnenland und Sonnenstrom aus modernen Erzeugungsanlagen.

Auch ein weiterer höchst bedeutender ökonomischer Aspekt der Energiewende scheint die Liberalen gar nicht zu interessieren. Im Katalog der zentralen Botschaften als Fazit aus einer FDP-Podiumsdiskussion zum Thema jedenfalls ist er nicht enthalten: Das Potenzial für lokale Wertschöpfung, das die dezentrale Energieerzeugung bietet. Von nicht wenigen umsichtig geführten Gemeinden wird es als wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Haushaltssanierung voll ausgeschöpft. Die schwarz-gelbe Koalition in Wetzlar hatte trotz gravierender Haushaltslöcher aus ideologischen Gründen leichtfertig auf diese Chance verzichtet. Auch die arbeitsplatzsichernde Entlastung der deutschen Volkswirtschaft durch die kontinuierliche Rückführung des Imports fossiler Primärenergien ist für die FDP offensichtlich kein Thema. Auch diesen Aspekt vermisst man im Katalog der zentralen Botschaften. Von Wirtschaftskompetenz keine Spur!

Getrennte Abwassergebühr

Befürchtungen vor einer versteckten Gebührenerhöhung sind unbegründet

Vor knapp vier Jahren hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschieden, dass in allen hessischen Kommunen die Berechnung der Abwassergebühren auf einen anderen Maßstab umzustellen ist.

Bisher wurden die Abwassergebühren ausschließlich nach dem so genannten Frischwassermaßstab, d. h. nach dem von der Wasseruhr abgelesenen jährlichen Frischwasserbezug abgerechnet. Die neue „Getrennte Abwassergebühr“ beinhaltet dem entgegen auch das Niederschlagswasser, was bisher in den Gebühren nicht enthalten war. Zum 1. Januar 2014 ist in Wetzlar die Gebührenumstellung von der Berechnungsmethode nach dem Frischwassermaßstab auf eine Getrennte Abwassergebühr für Schmutz- und Niederschlagswasser vorgesehen.

Die neue Gebührenregelung sieht vor, dass die sich künftig aus zwei Teilen zusammensetzen wird. Der eine Teil bezieht sich nach wie



Foto: Fotoatelier Schick

Alle Grundflächen wurden erfasst und als Berechnungsgrundlage den Grundbesitzern zugestellt (Luftbild Münchholzhausen)

vor auf das verbrauchte Leitungswasser, das als schmutziges Leitungswasser in den Kanal eingeleitet wird. Der zweite Teil der Abwassergebühr berücksichtigt das Regenwasser, das von einem Grundstück in den Kanal eingeleitet wird. Befürchtungen, wonach damit eine versteckte Gebührenerhöhung verbunden ist, sind dabei unbegründet. Denn die Stadt Wetzlar erhebt derzeit bereits eine kos-

tendeckende Abwassergebühr, die künftig anders berechnet werden wird.

Auf der Homepage der Stadt Wetzlar www.wetzlar.de finden sich zahlreiche Hinweise und Erläuterungen. Ferner werden Informationsveranstaltungen für alle Grundstückseigentümer angeboten. Ein weiterer Teil der Informationen ist allen Gebührenzahlern bereits per Post zugegangen.

Gruppenführungen 2013

Führungen für Gruppen bis zu 15 Personen zum Preis von 80 Euro
Für größere Gruppen pro angefangene 15 Personen je 80 Euro

Für Schüler- und Jugendgruppen sind die Führungen **gratis**.

Gruppentermine bitte mindestens 14 Tage vorher vereinbaren,
bei der Anfrage bitte einen Alternativtermin mit Uhrzeit angeben.

Öffentliche Führungen 2013

Termine	Sonntag, 7. April, 14:00 Uhr, Sonntag, 1. September, 14:00 Uhr
Treffpunkt	Kulturzentrum Franzis · Franziskanerstr. 4–6 · 35578 Wetzlar
Kosten pro Person	5 Euro (ermäßigter Preis: 2,50 Euro)

Anfragen und Anmeldung

Kontaktperson	Bündnis gegen Nazis, Wetzlar
Telefon	Irmtrude Richter +49 (0) 64 41-92 18 40
Mail	irmtrude.richter@t-online.de
Anschrift	c/o FoKuS – WALI · Bahnhofstraße 11 · 35576 Wetzlar Auf facebook : Bündnis gegen Nazis Wetzlar

Ein neues, gerechtes Kindergeld

Gerechtigkeit für Familien – Entlastung für Geringverdienende

Der aktuelle Familienleistungsausgleich ist ungerecht. Denn heute bekommen Eltern mit einem hohen Einkommen durch die kindbezogenen Steuerfreibeträge mehr als Normal- und Geringverdiener/innen durch das Kindergeld.

Im Falle eines Wahlsieges plant die SPD daher, das Kindergeld in Deutschland zu reformieren. „Das neue Kindergeld sorgt für mehr Gerechtigkeit und eröffnet eine wirkliche Entlastungsperspektive am unteren Rand der Einkommensskala“, erklärte dazu der mittelhessische Bundestagsabgeordnete Rüdiger Veit. Es sei ein hochwirksames Instrument, das gleichzeitig mehrere Ziele erreiche:

- mehr Gerechtigkeit bei Leistungen für Familien,
- spürbare Erhöhung des verfügbaren Einkommens für Geringverdiener mit Kindern,
- Wirksamkeit des Mindestlohns für Familien mit Kindern,
- Unabhängigkeit vom SGB II-Bezug für mehr Familien.

Das neue Kindergeld soll nach Vorstellungen der SPD nach Einkom-



MdB Rüdiger Veit (Bildmitte) stellt das neue Kindergeldkonzept der SPD vor.

men gestaffelt werden. Familien mit niedrigen und kleinen mittleren Einkommen (je nach Modell bis zu etwa 3.000 Euro Bruttoeinkommen) erhalten mehr: Sie bekommen ein erhöhtes Kindergeld, das maximal 324 Euro beträgt.

„In der Förderung für Familien mit niedrigem Einkommen wollen wir den bereits bestehenden Kinderzuschlag mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammenführen. Alle anderen Familien bekommen weiterhin das Kindergeld in seiner aktuellen Höhe, also

184 Euro für die ersten beiden Kinder, für das dritte Kind 190 Euro sowie für das vierte und jedes weitere Kind 215 Euro monatlich. Genauso wie das jetzige Kindergeld wird das neue Kindergeld voll auf die Regelsätze im SGB II angerechnet. Profitieren werden also Geringverdiener/innen-Familien, die mit ihrem Einkommen oberhalb der Bedürftigkeitsgrenze liegen. Daneben bleibt es bei unserer Forderung nach einem eigenständigen Regelsatz für Kinder im ALG-II-Bezug“, erklärte Veit.

Wie geht's weiter?

Wetzlars Westanschluss an die B 49



Immer wieder bilden sich lange Schlangen in der Altenberger Straße

Immer wieder wird von der Opposition aus CDU und FDP in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung die falsche Behauptung verbreitet, die rot-grüne Koalition würde den jahrzehntelang geplanten Westanschluss der Stadt an die B 49 im Bereich der Altenberger Straße nicht weiter verfolgen.

Das Gegenteil sei der Fall, wie jetzt SPD-Fraktionschef Jörg Kratkey betonte. Im Gegensatz zu den Konservativen wollten allerdings weder die SPD, noch Grüne und FWG eine weitere Belastung des betroffenen Bereiches durch eine Hoch-

straße. Die Verkehrspolitik der 1960er Jahre sei überholt, vielmehr gelte es, intelligente Lösungen, beispielsweise durch eine Unterquerung der Bahnlinie zu forcieren. Damit könne eine weitere zusätzliche Beeinträchtigung der dort lebenden Menschen vermieden und sogar die Belastungsspitzen durch wartende Kraftfahrzeuge an der bisherigen Bahnschranke abgebaut werden.

Nur eine solche Lösung, so Jörg Kratkey abschließend, würde die Erfordernisse moderner Verkehrskonzepte berücksichtigen.

Energiewende ohne Plan

Altmaier und Rösler in Merkels Fußstapfen

Die Energieversorgung ist das Herz-Kreislauf-System moderner Industriestaaten. Ausgerechnet die von einer promovierten Physikerin geführte schwarz-gelbe Bundesregierung macht sie in Permanenz zum Spielball parteipolitischen Kalküls.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg der Atomwirtschaft war ein Kotau vor den Großen der Energiewirtschaft und fachlich nicht begründet. Uran wird weltweit knapp und teuer. Die Entsorgung des Atommülls ist nach wie vor unreguliert und es zeichnet sich auch keine Lösung ab. Für eine Haftpflichtversicherung gibt es keinen Anbieter.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg und der dann folgende Ausstieg wiederum ermangelte ebenfalls seriöser fachlicher Begründung. Fukushima hat nicht einen einzigen sachlichen Grund geliefert, der nicht vorher auch schon bestanden hätte. Der Kanzlerin ging es primär um eine spektakuläre Demonstration von Handlungsfähigkeit. Von Konzept keine Spur! Kein Wunder: Von zwei gleichberechtigten zuständigen und gegeneinander arbeitenden Ministerien kann man keine fundierte Strategie erwarten.

Als das offenbar wurde, hat die Kanzlerin wiederum Handlungsfähigkeit demonstriert und die Energiewende zur Chefsache erklärt. Mangels inhaltlicher Vorgaben hat auch das nichts gebracht.

Nun proklamiert der Umweltminister in einem markigen Auftritt eine Strompreismbremse und setzt dabei alles daran, damit seinem Kollegen Rösler zuvorzukommen. Der wiederum dreht nach anfänglichem Widerstand in einem nächtlichen Telefonat bei, um we-

nigstens dem Anschein nach eine Regierungsmeinung zu präsentieren. Und er setzt in aller Platitude noch eins drauf: Wer dem Vorschlag seines Kollegen Altmaier nicht zustimme, sei für einen höheren Strompreis. Das ist Wahlkampf pur!

Die Auswirkungen auf die Energiewende wurden von beiden Ministern vorsichtshalber gar nicht thematisiert. Sie sind für die beiden offensichtlich nicht von Interesse. Sie repräsentieren aber das System Merkel.

So setzten die beiden Minister sich kurz vor der Jahreswende noch für eine Strompreiserhöhung ein, nämlich dafür, dass die Risiken der Netzanbindung für Offshore-Windparks mit einer neugeschaffenen Umlage auf die Stromverbraucher überwältigt werden. So wirkt es wie blanker Hohn, wenn nunmehr der Strompreis durch Deckelung der EEG-Umlage im Hauruckverfahren gebremst werden soll: keine Umlagenerhöhung für 2013/2014 und danach jährlich nur jeweils um maximal 2,5%.

Soweit dies durch eine Verringerung des Kreises der von der EEG-Umlage befreiten energieintensiven Betriebe erfolgen soll, kann man dem prinzipiell nur folgen. Die dadurch zu erreichende Umlagenentlastung ist aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das gilt auch für die Ankündigung, die Erzeugung von Photovoltaik-Strom für den Selbstverbrauch künftig mit der EEG-Umlage zu belegen.

Im Vordergrund steht denn auch das Opfer, das alle Betreiber von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien bringen sollen. Einerseits durch einen sogenannten „Soli“ für bestehende Gewinnanlagen und andererseits



Die Offshore Stromproduktion wirft viele Fragen auf.

durch eine um ein halbes Jahr verzögerte Gewährung der gesetzlichen Einspeisegebühr für neu in Betrieb gehende Anlagen.

Ersteres ist schlicht verfassungswidrig. Die Einspeisegebühr ist gesetzlich auf 20 Jahre für die im Zeitpunkt der Inbetriebnahme festgesetzte Höhe garantiert. Sie nachträglich zu reduzieren ist schlicht und einfach rechtswidrig. Das lässt sich auch nicht dadurch überspielen, dass man die Reduktion verniedlichend „Soli“ nennt.

Folglich kann die Deckelung nur zu Lasten der neuen Anlagen erfolgen, nämlich eine hinausgezögerte Gewährung der Einspeisegebühr. Damit würden die Anlagen-

betreiber sich im ersten Halbjahr mit dem Marktpreis für Ökostrom zufriedengeben müssen. Das stellt die Kalkulation mit teils jahrelangem Vorlauf geplanter Projekte zunächst einmal in Frage. Die ökonomische Absurdität zeigt sich daran, daß die KfW als staatliche Förderbank bei ihrer Finanzierung von Photovoltaik usw. zur Entlastung der Startphase eine anfängliche Tilgungsfreistellung einräumt. Altmaier und Rösler wollen diese sinnvolle Starthilfe wegschneiden.

Wenn aber die Energiepreismbremse entgegen den Erwartungen beider Minister die Energiewende nicht bremsen wird, wird sie die EEG-Umlage hochtreiben. Die neu

in den Markt eintretenden Windpark- und Photovoltaik-Betreiber werden den Naturstrom-Markt enorm unter Druck setzen und die aktuell direkt vermarktenden Lieferanten veranlassen, die EEG-Umlage in Anspruch zu nehmen. Diese Umschichtung wird bewirken, dass der durch die derzeitige EEG-Umlage gesetzte Finanzrahmen – leicht zeitversetzt – ausgeschöpft sein wird. Danach wird dann das Gros der Neuanlagenbetreiber nach Ablauf der Halbjahresfrist sukzessiv das EEG in Anspruch nehmen und seinen Tribut fordern.

Dies wird explosionsartig geschehen, wenn die voluminöse Offshore-Stromproduktion in dem Maße anlaufen sollte, in dem die Investoren dies bislang noch planen. Deren Produktionskosten und Einspeisegebühren sind weit höher als die der Photovoltaik, doppelt so hoch wie die der Onshore-Produktion und zudem von der Degression ausgenommen. Hinzu kommen noch die Kosten der Stromautobahnen.

Die Strompreismbremser müssen deshalb darauf vertrauen, dass deren Initiative durch den Bundesrat gestoppt wird. Man hätte besser daran getan, den Stromverbrauchern den durch die Energiewende ausgelösten Mehrwertsteuerrückgang zurückzugeben. Das wäre nur fair und eine echte Strompreismbremse.



Karl-Heinz Panzer
Personal Leasing Team

Zeitarbeit - Arbeitsvermittlung - Arbeitssicherheit

www.khp-plt.de · panzer@khp-plt.de

Kölschhäuser Strasse 1
35630 Ehringshausen
Telefon 06443 / 83391-0
Telefax 06443 / 83391 29

BÖKELS KOLUMNE

Europa braucht jetzt nicht Zauderer, sondern Zupacker, sagte unser Bundespräsident Joachim Gauck in seiner ersten großen Grundsatzrede. Recht hat er. Was er mit staatsmännischer Zurückhaltung nicht angesprochen hat, ist die Tatsache, dass die Europäische Union dabei ist, sich selbst zu zerlegen. Ein Krisengipfel jagt den anderen und die Menschen spüren eine zunehmende Entdemokratisierung, bei der die 17 Finanzminister der Eurozone entscheiden, wie es mit Europa, mit dem Schicksal von Millionen weiter geht.

❖

Kein Wunder also, dass das Vertrauen in ein gemeinsames Europa in allen Ländern schwindet und dass sich die Gauweilers auf der rechten oder französische Nationalisten auf der linken Seite des politischen Spektrums mit nationalstaatlichem Populismus aus der Deckung wagen.

❖

Griechenland und seine unfassbare Staatsverschuldung für die europa-skeptischen Tendenzen verantwortlich zu machen, ist zu

kurz gegriffen. Als 2002 der Euro eingeführt wurde, wussten die Verantwortlichen sehr wohl, dass dazu auch eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört. Diese sollte sich in den folgenden Jahren entwickeln. Es blieb aber bei 17 Regierungen in der Eurozone, 17 Finanzministern, 17 Zentralbanken. Das Ergebnis: verheerend.

❖

„Die Märkte mögen vieles falsch machen, aber hier tun sie das Richtige: Sie treiben die Politik zur Wirtschafts-, Sozial- und politischen Union,“ analysiert der Belgier Guy Verhofstadt, von 1999 bis 2008 belgischer Ministerpräsident und heute Vorsitzender der Liberalen im Europa-Parlament.

❖

Gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit, dem früheren französischen Revoluzzer und heutigen Grünen-Europapolitiker, hat er ein Manifest verfasst, in dem sie einen europäischen föderalen Staat fordern. Und sie werden konkret: Das im Sommer 2014 neu gewählte Europäische Parlament setzt einen europäischen Konvent ein, der ein Grundgesetz für einen födera-

len europäischen Staat erarbeitet. In einem EU-weiten Referendum werden die Bürger gefragt. Erhofftes Ergebnis: die Vereinigten Staaten von Europa mit einem gewählten Präsidenten, einer gemeinsamen Regierung und einem echten, demokratischen Parlament wären geboren.

❖

Eine verrückte Europa-Vision? Nein, denn die Nationalstaaten haben ausgedient. Wir müssen einfach sehen: die Märkte schränken die nationale Souveränität ein.



Nur ein geeintes Europa kann uns aus der wirtschaftlichen und politischen Krise führen. Und auch das ist klar: nur ein einiges Europa kann mittelfristig mit den USA, China, Russland aber auch Brasilien und Indien mithalten. Selbst größere Länder wie Deutschland und Frankreich haben allein keine Chance mehr.

❖

Eine Illusion? Weil die Bürger in den einzelnen Ländern einem europäischen, föderalen Staat nicht zustimmen werden? Die Befürchtung kann man haben. Aber, frei nach Gauck, wir brauchen keine Zauderer, sondern Zupacker. Es wird darauf ankommen, dass in allen Parteien die Meinungsführer die Kraft aufbringen, an einem Strang – Richtung mehr Europa – zu ziehen.

❖

Cohn-Bendit und Verhofstadt schlagen übrigens vor, dass die Länder, in denen der Konventsvorschlag keine Mehrheit bekommt, in einem zweiten Durchgang entscheiden können, ob sie doch dabei sein wollen (das hatten wir übrigens beim Grundgesetz, die Bay-



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister

ern lehnten es zunächst ab, stimmten dann aber doch dem Verbleib in der Bundesrepublik zu, geschadet hat es ihnen nicht).

❖

Natürlich gibt es auch Risiken und Nebenwirkungen, auf die auch die beiden so ungleichen Proeuropäer eingehen, deswegen der Buchhinweis:

Cohn-Bendit/Verhofstadt „Für Europa“ – Ein Manifest Hanser-Verlag, 8,- €.

Städtische Museen Wetzlar suchen Leihgaben für August-Bebel-Ausstellung

Erinnerungsstücke jeglicher Art werden gesucht

Zum einhundertsten Todestag August Bebels (1840–1913) planen die Städtischen Museen von Wetzlar bis November 2013 eine Ausstellung „August Bebel in Wetzlar – damals und heute. Eine Retrospektive zum 100. Todestag (Arbeitstitel)“.

Dafür sucht man Leihgaben: Erinnerungsstücke jeglicher Art, die einen direkten Bezug zu August Bebel haben, wie z.B. Porträts, alte Postkarten von Maifeiern oder Ausgaben von sozialdemokrati-

schen Zeitungen wie dem „Vorwärts“ wären für die mit dem Historischen Stadtarchiv und dem Geschichtsverein Wetzlar e.V. vorbereitete Ausstellung relevant.

Dasselbe gilt für Gebrauchs- und Handwerksgegenstände, Druckgrafiken o.ä., die mit dem Leben und Arbeiten in Wetzlar während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, mit der örtlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung oder der SPD-Geschichte in Verbindung stehen. Bis 31. März 2013 können derartige Objekte in der

Museumsverwaltung abgegeben werden. Die fachgerechte Behandlung und sichere Aufbewahrung aller Leihgaben wird garantiert, für jedes entliehene Objekt wird ein Leihvertrag ausgestellt. Die Städtischen Museen freuen sich auf eine rege Teilnahme an der Aktion und danken allen zukünftigen Leihgebern bereits im Voraus.

Interessierte richten ihre Fragen bitte an:

angela.boesl@wetzlar.de
Tel. 06441/99-4131 oder -4135.

B49-Anschluss Dutenhofen

Die unendliche Geschichte und kein Ende

Nun ist es amtlich. Derzeit gibt es seitens der Straßenbauverwaltung keine Planungsaktivitäten mehr für den seit fast 40 Jahren geforderten Anschluss an die B49 bei Dutenhofen. Damit ist auch die Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges Heuchelheim in weite Ferne gerückt.

Auf Nachfrage des Dutenhofener Ortsvorstehers Ulrich Loh hat Oberbürgermeister Wolfram Detle dem Ortsbeirat mitgeteilt, dass die Aussichten zur baldigen Fortführung der Planungen B49-Anschluss Dutenhofen mehr als ungewiss sind. Die in den Untersuchungen aufgedeckten Mängel lassen vielmehr vermuten, dass eine Umsetzung der seinerzeit bis zur Planfeststellungsreife geführten Planungsvariante eher unwahrscheinlich ist. Dies würde in der Konsequenz bedeuten, dass der gesamte Planungsprozess wiederholt werden müsste.

Die dann folgende abschließende Aussage des OB, die Stadt Wetzlar werde trotz allem bei den zuständigen Stellen weiterhin auf eine Realisierung dieses Projektes dringen, ist aus der Sicht von Ortsvorsteher Ulrich Loh zurückhaltend zu bewerten. So habe es in den letzten 15 Jahren von den damals politisch Verantwortlichen in der Stadt Wetzlar nicht die erforderliche Unterstützung für diese Maßnahme gegeben. In diesem Zeitraum wurde nicht einmal von der Stadt Wetzlar aus eigener Initiative öffentlich auf die Notwendigkeit des Anschlusses hingewiesen bzw. wurde er gefordert. Über die jeweiligen Sachstän-



Staus, Wartezeiten, Geschiebe und Gedrängel – alles bleibt beim Alten

de der Planungsabläufe ist die Stadt immer nur auf Nachfrage des Ortsvorstehers und des Ortsbeirates tätig geworden.

Über diese Entwicklung ist die Enttäuschung in dem Wetzlarer Stadtteil groß, zumal sich die Stadt Wetzlar seinerzeit für den Anschluss Wetzlar-Süd besonders eingesetzt hat. Dieser Anschluss habe auch zu einer Verkehrsentlastung der Stadt Gießen beigetragen, so dass nach einer Aussage der dortigen Bürgermeisterin Weigel-Greulich der Anschluss an die B49 weder vorrangig noch vertretbar ist. Die ablehnende Haltung der politischen Lobby in Gießen hat u.a. auch dazu geführt, dass der Anschluss B49 inzwischen aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wurde.

Eine Entlastung des immer noch zunehmenden Verkehrsaufkommens im Stadtteil Dutenhofen ist daher bedauerlicherweise nicht abzusehen.



**Ihr SB-Warenhaus
in der Region:
Globus Dutenhofen.**

Da ist die Welt noch in Ordnung.



www.globus.de

Frische ist unser Handwerk.

Rechtsextreme Aufkleber in der Wetzlarer Altstadt

Rechtsradikale Sprayer wieder unterwegs

Bürgermeister Manfred Wagner, Peter Klingelhöfer (Polizeistation Wetzlar) und Ernst Richter („Bündnis gegen Nazis“) entfernen Propaganda und setzen ein Zeichen gegen Rechts.

Bedauerlicherweise kommt es in letzter Zeit immer wieder vor, dass an Laternen, Ampelmasten, Schaltkästen oder in Fußgängerunterführungen Aufkleber mit rechtsextremen Gedankengut prangen oder Parolen aufgesprayt werden. So auch Ende Januar, als die Stadt erneut mit Aufklebern, sogenannten Spuckis, übersät wurde. Der Begriff des „Spuckis“ rührt daher, dass es sich bei den Aufklebern häufig um auf der Rückseite gummierte Druckerzeugnisse handelt, die ähnlich wie eine Briefmarke nach dem Befeuchten mit Spucke kleben.

Bürgermeister Manfred Wagner, der Leiter der Wetzlarer Polizeistation, Peter Klingelhöfer, und Ernst Richter vom Bündnis gegen Nazis haben in einer gemeinsamen Aktion Spuckis entfernt und damit ein Zeichen gegen Rechts gesetzt.

Wie Bürgermeister Manfred Wagner betonte, ist Wetzlar eine Stadt, in der Menschen mit rund einhundert Nationalitäten friedlich zusammen leben, in der nahezu ein Viertel aller Menschen einen Migrationshintergrund hat und in der rund 6.000 der Einwohnerinnen und Einwohner nicht über einen deutschen Pass verfügen. Wetzlar ist eine Stadt, in der viele international operierende Unternehmen ansässig sind und die mit ihren globalen Beziehungen die Beschäftigung vieler Menschen vor Ort sichern. Schon angesichts dieser Ausgangslage gilt es, rechtsextremen Aktionen entgegenzutreten.

„Wetzlar ist eine bunte Stadt. Mir



Immer wieder verschandeln faschistische Parolen Wetzlar

ist es wichtig, dass die Wetzlarer Bürger für das Thema sensibilisiert werden. Solche Aufkleber stören die öffentliche Sicherheit und Ordnung“, erklärte bei der gemeinsamen Aktion Peter Klingelhöfer, Leiter der Polizeistation Wetzlar. Klingelhöfer machte deutlich, dass er die Beunruhigung der Einwohnerschaft nachvollziehen könne, betonte zugleich aber, dass die Polizei bei der Aufklärung auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen sei. Deshalb bat er, Beobachtungen sofort der Polizei über die Notrufnummer 110 zu melden. Seine Leute seien für das Thema sensibilisiert. Die Polizei verfolge das Ziel, die Täter schnellstmöglich zu identifizieren.

Bereits im August letzten Jahres war die Stadt mit Aufklebern verschandelt worden. „Um ein Zeichen zu setzen, hat das Stadtparlament damals bereits, allerdings ohne die Stimmen der CDU, Position bezogen und eine Resolution verabschiedet“, sagte Bürgermeister Manfred Wagner (SPD), der

auch auf die Arbeit verwies, die durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in Wetzlar und im Lahn-Dill-Kreis gefördert werde.

Der ehemalige DGB-Kreisvorsitzende Ernst Richter sagte als Sprecher des Bündnis gegen Nazis in Wetzlar: „Faschistische Agitation hat bei uns nichts zu suchen!“ Er sei der Wetzlarer Polizei dankbar für ihr schnelles Handeln, kritisierte aber die Staatsanwaltschaft Limburg für ihren Befund, bei den Aufklebern liege kein Straftatbestand vor: „Wie blind muss man denn eigentlich sein, um in einem Aufkleber ‚Israel mordet‘ – und die Welt schaut zu“ keinen antisemitischen Straftatbestand zu sehen. Oder bei dem Spucki ‚Antifaschismus ist in Wetzlar eine brandheiße Sache! – der Nationale Widerstand‘ nicht die Verbindung zu dem Brandanschlag auf das Wohnhaus der Familie Schaefer zu sehen, den dieselbe Staatsanwaltschaft im Jahre 2010 als versuchten Mord klassifizierte?“

Kreis schlüpft unter den Schutzschirm

65 Millionen Euro Entschuldungshilfe

Der CDU treibt es die Zornesröte ins Gesicht. Legen sie doch im Wiesbadener Landtag einen Entschuldungsfonds für Städte, Gemeinden und Landkreise auf, der nur dann Finanzmittel für die Kommunen verspricht, wenn harte und einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden.

Und wenn es dann vor Ort zu genau diesen Maßnahmen kommt, wird Zeter und Mordio geschrien. Der Lahn-Dill-Kreis hat schwere und unpopuläre Maßnahmen getroffen. Schließungen von Schulen sind nicht das, was Kommunalpolitiker gerne machen. Auch ein jahrzehntelang betriebenes Jugendzeltlager an der Ostsee möglicherweise zu schließen oder an einen anderen Träger abzugeben fällt keinem Kommunalpolitiker leicht. Dennoch gibt es keine Alternativen dazu. Denn die erdrückende Last von Pflichtaufgaben zwingt dazu, Prioritäten zu setzen und sich sehr ernsthaft damit auseinanderzusetzen.

Und was macht die CDU? Sie stellt im Kreistag eine Reihe von Schaufensteranträgen, von denen kein einziger geeignet ist, den Ergebnishaushalt des Kreises zu konsolidieren. Aber genau das ist es, was auch CDU-Politiker wie Reif und Irmer in Wiesbaden beschlossen haben und von

den Kommunen erwarten. Wie so oft sind es diese CDU-Politiker, die in Wiesbaden ein Feuer anzünden und dann vor Ort „Haltet den Dieb“ rufen. Mit dem Verschieben von ein paar Investitionen, wie von der CDU gefordert, ist kein Haushalt konsolidiert.

Der Landkreis jedenfalls wird alle Anstrengungen unternehmen, um mittelfristig seine Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen. Der CDU ist das egal. Blanker Populismus ist stattdessen jetzt die Devise der Union, die jetzt sogar in einer Anzeigenpostille behauptet „jetzt hilft nur noch die Landtagswahl“. Nach wie vor werden aber Entscheidungen der Landkreise im Kreistag und nicht im Landtag beschlossen. Doch die Union ist noch immer nach dem von Otto Graf Lambsdorff sehr eindrucksvoll geschilderten Motto vorgegangen: „Jeder sagt, der Gürtel müsse enger geschnallt werden, doch jeder fummelt an der Gürtelschnalle des anderen herum.“

Sportamt Wetzlar Ansprechpartner für alle sportfachlichen Belange

Änderungen sind zum 1. Januar erfolgt

In der Vergangenheit waren die sportfachlichen Kompetenzen im Wetzlarer Rathaus unterschiedlichen Dienststellen und Dezernaten zugeteilt. Das Sportamt war zwar immer erster Ansprechpartner, doch musste häufig auf die Zuständigkeit anderer Ämter verwiesen werden. Mit der zum 1. Januar 2013 erfolgten Neuorganisation ist das Wetzlarer Sportamt wieder alleiniger Ansprechpartner in Sachen Sport.

Wie Bürgermeister Manfred Wagner in seiner Eigenschaft als Sportdezernent mitteilte, schafft diese Neuausrichtung klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Sie stellt zudem eine stärkere Ausrichtung an den Interessen der Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung dar.

Das Sportamt wird auch zukünftig für die Förderung, Betreuung, und Beratung der Sportvereine, die Planung der Sportstätteninfra-

struktur und die Imageförderung der Sportstadt Wetzlar Verantwortung tragen. Hinzu kommt nun, dass das Sportamt nicht nur für die Vergabe und die Bewirtschaftung des Stadions und der Sporthallen zuständig sein wird, sondern zudem auch für alle Sportplätze im Stadtgebiet Verantwortung trägt. Die bisher beim Stadtbetriebsamt angesiedelte Sportplatzpflegekolonne wurde inzwischen ebenfalls wieder dem Sportamt zugeordnet.

Wagner betonte, dass diese Maßnahme keinesfalls die Leistungen des bisher miteinbezogenen Stadtbetriebsamtes in Frage stelle. „Die Kolleginnen und Kollegen haben einen guten Job gemacht“, so der Bürgermeister.

Festhalten müsse man aber, dass die ursprünglich erwarteten Synergien durch eine bessere Verschränkung der allgemeinen Grünflächenpflege und der Sportplatzpflege sich in der Praxis nicht



so eingestellt hätten. Im Übrigen sei die Organisation für Kundinnen und Kunden nicht immer einfach und nachvollziehbar gewesen.

Der Sport habe jetzt wieder einen Ansprechpartner, der entgegen der früheren Organisationsstrukturen im Wetzlarer Rathaus seit einiger Zeit auch für die Wetzlarer Bäder verantwortlich sei.

Ein Ansprechpartner für die Vereine

NICHT IRGENDJEMER. MEINER.

MY PANDA

€ Anzahlung¹

% Zinsen¹

€ Schlussrate¹

Abb. zeigt Sonderausstattung

Der Fiat 'MY PANDA'

Entdecken Sie mehr auf www.fiatangebote.de.

9. bis 16. März

Ausstattung im Wert von 500 € gratis

¹ Finanzierungsangebot, vermittelt für die FGA Bank Germany GmbH, Salzstraße 138, 74076 Heilbronn, für den Fiat 'MY Panda' 1.2 8V mit 51 kW (69 PS). **Barpreis 11.349,00 €**, effektiver Jahreszins 0,00 %, Sollzinssatz, gebunden p.a. 0,00 %, Bearbeitungsgebühr 0,00 €, Nettodarlehensbetrag 11.349,00 €, Gesamtbetrag 11.349,00 €, 1. Rate 139,00 €, 60 Folgeraten à 190,00 €, Anzahlung 0,00 €.

Kraftstoffverbrauch (l/100 km) nach RL 80/1268/EWG:
innerorts 6,7; außerorts 4,3; kombiniert 5,2.
CO₂-Emission (g/km): kombiniert 120.

Privatkundenangebot, gültig für nicht bereits zugelassene Neufahrzeuge
Fiat 'MY PANDA' 1.2 8V mit 51 kW (69 PS) bis 31.03.2013.

Ihr Fiat Händler:

AUTOHAUS HUTTEL & GROSS GMBH
Willy-Bechstein-Str.8
35576 Wetzlar
Telefon: 0 64 41 / 33 04 4
Fax: 0 64 41 / 36 14 6

Warum wird jetzt doch am Rasselberg gebaut?

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Contra-Argumentation entkräftet

Jahrelang hat die Wetzlarer SPD sich gegen eine Bebauung des innerstädtischen Gebietes „Am Rasselberg“ ausgesprochen. Jahrelang war sie in der Opposition der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung und konnte ihr Ansinnen auf Grund der dortigen Mehrheitsverhältnisse nicht umsetzen.

Jetzt, wo die SPD in der Regierungsverantwortung steht, wurden Gelder in den städtischen Haushalt 2013 eingestellt, um mit der Erschließung des Baugebietes zu beginnen. Nicht mehr lange und die Bagger werden dort rollen.

Die „Bürgerinitiative zur Erhaltung des Naherholungsgebietes Rasselberg und Ilmenauanlage“, aber auch manch ein Bürger der Stadt, wirft daher der SPD Wortbruch oder gar Wählerbetrug vor. Im Oberbürgermeisterwahlkampf 2009 und im Kommunalwahlkampf 2011 habe sich die SPD für ein „Nein zum Baugebiet Am Rasselberg“ ausgesprochen und jetzt, wo sie an der Macht ist, findet ein Umdenken, ein Richtungswechsel statt, der als „Umfallen“ oder „Nichteinhalten einer Zusage“ gedeutet werden kann. Doch hat die Wetzlarer SPD tatsächlich Wortbruch begangen? Wurde ein Kurswechsel vollzogen? Stand Bürgermeister Manfred Wagner mit seinem Wahlversprechen im Wort? Wurde dieses gebrochen? Bevor solche scharfen Ausdrücke verwendet werden, sollte man sich aber auch über die gesamte Historie und Entwicklung der Situation im Klaren sein. Man muss dann zu der Erkenntnis gelangen, dass in den vergangenen Jahren eine Entwicklung stattgefunden hat, die der SPD-Fraktion im Wetzlarer Stadtparlament keine andere Möglichkeit gelassen hat als den Schritt der Umsetzung des Bebauungsplanes zu gehen.

Bereits im Jahr 2001 war im Regionalplan Mittelhessen die Fläche als „Siedlungsbereich – Zuwachs“ ausgewiesen. Spätestens seit dieser Zeit konnten sich alle, auch Anlieger, mit dem Gedanken auseinandersetzen, dass hier einmal ein Baugebiet entstehen wird. Unter Federführung des damaligen Stadtrats Achim Beck (CDU) wurde im Jahr 2004 die Aufstellung eines Bebauungsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. Im Rahmen der daraufhin erfolgten Bürgerbeteiligung hat die SPD erstmals Bedenken gegen die Umsetzung erhoben und im Jahr 2007 dem Entwurfsbeschluss des Bebauungsplans nicht zugestimmt. Die SPD hat sich dann die Argumente der zwischenzeitlich gegründeten Bürgerinitiative zu Eigen gemacht:

So wurde einerseits das von Beck gewählte Verfahren der Bürgerbeteiligung gerügt. Anlieger und Betroffene wurden nicht optimal in das Verfahren eingebunden.

Es wurde die Notwendigkeit eines solchen Baugebietes in Frage gestellt, vor allem da man damals davon ausging, dass genügend Flächen zur kurzfristigen Bebauung in Münchholzhausen („Schattenläng“) und Garbenheim („Rothenberg“) zur Verfügung stehen. Darüber hinaus standen zu dieser Zeit

noch die Gebäude der „Gershwin Houses“ an der Spilburg leer.

In rechtlicher Sicht ging die SPD davon aus, dass bei Aufstellung des Bebauungsplans erhebliche Abwägungsfehler gemacht wurden, insbesondere in den Bereichen Natur- und Artenschutz, Bergsenkung, Naherholung und Altlasten.

Am 9. Dezember 2008 hat die Stadtverordnetenversammlung gegen die SPD-Stimmen den Bebauungsplan als Satzung beschlossen, ebenso die Änderung des Flächennutzungsplans.

Die vorgenannten Gründe hat Manfred Wagner (SPD) mit in seinen Oberbürgermeisterwahlkampf 2009 genommen und sich soweit erklärt, dass er die von ihm aufgezeigten Alternativen vorantreiben und „auf dieser Grundlage nochmals die gegen das Votum der SPD herbeigeführte Situation auf den Prüfstand stellen“ werde. Seine Alternativen sahen damals die Vermarktung der „Gershwin Houses“ und das Vorantreiben des Baugebietes „Blankenfeld II“ vor. Schon damals hat er aber auch festgestellt, „dass der Bebauungsplan für den Rasselberg inzwischen Rechtskraft erlangt hat.“

Die gleichen Argumente wurden auch mit in den Kommunalwahlkampf 2011 genommen, zudem gestärkt durch das im Jahr 2010 eingeleitete Normenkontrollverfahren, welches die Bürgerinitiative bzw. einzelne Mitglieder initiiert hatten. Ziel war eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel. SPD-Wahlkämpfer, Stadtverordnete und Magistratsmitglieder haben sich dafür stark gemacht, dass die Aufhebung der beschlossenen Rasselbergbebauung angestrebt werden soll. Ihr Thema war insbesondere, dass Wert darauf gelegt wird, „Eingriffe in Natur und Landschaft zu minimieren“.

Nach der gewonnenen Kommunalwahl hat die SPD mit den GRÜNEN eine Koalitionsvereinbarung in Bezug auf den Rasselberg geschlossen, wonach zunächst das Gerichtsverfahren abgewartet werden sollte. Unter dieser Vorbedingung ging man dann auch in die Haushaltsberatungen 2012 und hat den Haushalt ohne Gelder für den Rasselberg beschlossen. Von daher lag der erhobene Vorwurf der CDU („SPD blockiert neues Baugebiet Rasselberg“) völlig neben der Sache. Erst nachdem feststand, dass der Bebauungsplan nicht mehr angreifbar war und daher rechtskräftig ist, konnten Haushaltsgelder für die Fortführung des Projektes zur Verfügung gestellt werden. Dies war frühestens zum Haushalt 2013 möglich.

Am 5. März 2012 hat der VGH seine 55 Seiten umfassende Entscheidung verkündet, den Normenkontrollantrag zurückgewiesen und den Bebauungsplan als rechtmäßig angesehen. Das Gericht hat deutlich hervorgehoben, dass die Bauverwaltung keine Abwägungsfehler bei der Aufstellung des Bebauungsplanes gemacht habe und dass die daraus abgeleiteten Entscheidungen ermessensfehlerfrei erfolgt sind. Damit wurde die ursprüngliche SPD-



Foto: Heiner Jung

Das geplante Baugebiet am Rasselberg

Argumentation entkräftet. Eines der drei vorgenannten Hauptargumente, dass der Abwägungsfehler, konnte nicht mehr aufrechterhalten bleiben. Das seinerzeit von der Mehrheit der Stadtverordneten auf den Weg gebrachte Satzungsrecht hat also einer juristischen Überprüfung standgehalten.

Das weitere Hauptargument, Bürgerbeteiligung und Verhalten Stadtrat Beck, war zwar von Anfang an politisch inakzeptabel, juristisch aber nicht angreifbar. Seine Art des Umgangs mit Bürgern und seine Außendarstellung haben sicherlich auch dazu beigetragen, dass er heute nicht mehr im Amt ist.

Verbleibt als letztes Argument aus der Wahlkampfzeit 2009–2011 die Frage der Notwendigkeit des Baugebietes Rasselberg. Im November 2012 präsentierte der Magistrat erstmals eine umfangreiche Übersicht des Siedlungspotentials im gesamten Stadtgebiet von Wetzlar. Alle möglichen und denkbaren Baugebiete wurden analysiert, die Umsetzbarkeit und eine grobe Zeitschiene dargelegt. Das Ergebnis war ernüchternd, aber auch erschreckend. Denn es wurde deutlich, dass in der Vergangenheit unter der Verantwortung des von der CDU geführten Magistrats (konkret in Person des damaligen Stadtrates Beck) erhebliche Fehler gemacht wurden. Versäumnisse traten zu Tage, die nunmehr unter Federführung der SPD wieder gerade gerückt werden müssen. Leider wurde sich in der Vergangenheit ausschließlich auf den Rasselberg konzentriert, die anderen Baugebiete wurden schlichtweg vernachlässigt. Mit Ausnahme des Rasselbergs gibt es in Wetzlar kein weiteres Baugebiet, welches in der Entwicklung schon so weit voran geschritten ist, dass es kurzfristig erschlossen werden könnte. Allenfalls in 5 bis 10 Jahren ist man dort für eine Umsetzung bereit. Ein solches Ergebnis ist äußerst unbe-

friedigend, vor allem da die aktuelle Nachfrage nach Baugrundstücken sehr hoch ist.

Während man vor etwa vier Jahren noch auf Grund der damaligen konjunkturellen Lage davon ausgehen konnte, dass kein kurzfristiger Massenansturm auf Baugrundstücke erfolgen werde, hat sich dies in letzter Zeit geändert. Bauzinsen sind niedrig, junge Familien sind bauwillig und es ist eine Tendenz „zurück in die Stadt“ erkennbar.

Weiterhin musste erkannt werden, dass durch die Vermarktung der Wohnungen in den ehemaligen Wohnblocks der US-Streitkräfte keine Entlastung auf dem Immobilienmarkt eingetreten ist.

Um die Stadtentwicklung nicht zu bremsen oder zu behindern, ist es also sinnvoll die aktuelle Nachfrage nach Bauland kurzfristig zu befriedigen. Ohne den Rasselberg würde auf Grund der Versäumnisse in der Vergangenheit keine weitere Entwicklung in Wetzlar stattfinden und zwar in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Ob die Stadt Wetzlar, die sich natürlich auch in einem Wettbewerb mit anderen Kommunen sieht, sich das erlauben kann, ist anzuzweifeln. Von daher wäre es politisch verfehlt, in Kenntnis der Entscheidung des höchsten hessischen Verwaltungsgerichtes „Nein zum Rasselberg“ zu sagen.

Mit einer Bebauung des Rassel-

bergs und dem damit verbundenen Verkauf von 60 Grundstücken ist aber das Grundproblem nicht erledigt. Von daher hat die Regierungskoalition von SPD/GRÜNEN/FW der Verwaltung einen klaren Auftrag dahingehend erteilt, dass alle potentiellen Baugebiete nicht nur auf den Prüfstand kommen, sondern dass auch eine Priorisierung vorgenommen werden soll, um zu erfahren, wie und wann es damit weitergeht. Bis zur Erledigung dieses Auftrags hat der Magistrat einen internen Sperrvermerk auf die Haushaltspositionen zur Erschließung des Rasselbergs gelegt. Das heißt, es werden vorher keine weiteren Planungs- und Bautätigkeiten erfolgen.

Weiterhin ist es notwendig, die über 400 bestehenden Baulücken im Stadtgebiet zu schließen. Hierzu sind in erster Linie die privaten Eigentümer in der Pflicht. Hier kann die Politik allenfalls mahnend und die Verwaltung begleitend tätig sein. Es sind Gespräche und Verhandlungen zu führen, ein Baulückenkataster ist zu führen und eine Vermarktung anzustreben. Ziel aller Beteiligten sollte die Nachverdichtung und Baulückenerschließung sein.

Nach alledem ist es stadtplanerisch, politisch und juristisch nicht mehr vertretbar, auf eine Bebauung des Rasselbergs zu verzichten.

Schlosserei Metallbau

Lang Stahlbau
Schlosserei Metallbau

Tel: 06445 73 27

35641 Schöffengrund OT Laufdorf
Industriegelände - Eichenhain 7

E-Mail: info@langstahlbau.de
www.LangStahlbau.de

Alte Lahnbrücke wird behindertengerecht

Ein erster Schritt, um die Wetzlarer Altstadt behinderten- und seniorengerechter zu gestalten

Was zunächst wie ein großes Ärgernis erschien, erwies sich im Nachhinein als ein Glücksfall für die Senioren und Behinderten, die sich unsere schöne Wetzlarer Altstadt erschließen möchten.

Noch in der vergangenen Legislaturperiode wurde die Sanierung der „Alten Lahnbrücke“ beschlossen. Denkmalbeirat und Stadtregierung waren sich schnell einig, ein historisches Pflaster muß dieses Eingangstor in die Altstadt bedecken.

Nun hatte man ja mit „histori-

schem“ Pflaster bereits so seine Erfahrungen gemacht. Jeder, der über die Hausertorstraße in die Altstadt gehen – oder gar mit Rollator oder Rollstuhl fahren – möchte, kann ein Lied davon singen.

Selbstverständlich wurde auch die, zu dieser Zeit bestehende Behindertenkommission um eine Stellungnahme gebeten.

Nach Abwägung der verschiedenen Interessen (Denkmalbeirat, Kosten, Behindertenkommission) wurde jedoch als einzige Maßnahme für Menschen mit Behinderung an einer Seite der Brüs-

tung ein Handlauf angebracht. Die grundsätzliche Sanierung der Brücke zog sich über einen längeren Zeitraum hin. In dieser Zeit war die Brücke natürlich gesperrt bzw. nur für Fußgänger freigegeben.

Die Brücke war fertig, wurde wieder für den Verkehr freigegeben. Und dann – nach kurzer Zeit – wurden Mängel am Pflaster festgestellt. Um diese Mängel zu beseitigen, ist eine komplette Neuverlegung notwendig.

Und nun tritt das ein, was man nur als einen Glücksfall für Senioren und Behinderte, aber auch für „Kinderwagenschieber“, bezeichnen kann. Denn inzwischen hatte die Stadtregierung gewechselt und durch die notwendige Aufnahme des Pflasterbelages eröffneten sich Möglichkeiten des behindertengerechten Ausbaus.

In Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde und dem neu gegründeten Behindertenbeirat wird nun ein behindertengerechtes Laufband aus geeignetem Betonsteinpflaster in einer Breite von ca. 1 Meter entlang des vorhandenen Handlaufes verlegt.

Inzwischen haben Mitglieder des Behindertenbeirates gemeinsam mit ihrer Vorsitzenden Bärbel Keiner, Vertretern des Denk-

malbeirates, der Gremien und der Verwaltung auf Einladung von Stadtrat Semler an einer Besichtigung der möglichen Pflasterungen für das geplante Laufband teilgenommen. Stadtrat Semler teilte mit, daß auch beabsichtigt sei, ein Laufband der gleichen Art bei der Pflasterung des Steighausplatzes einzubringen.

In Verlauf der Diskussion wurde auch auf die Problematik, die sich durch eine Freigabe für den Fahrzeugverkehr für Fußgänger, insbesondere Behinderte, ergeben wird, hingewiesen. Natürlich gab es aufgrund der verschiedenen Interessenlagen auch Diskussionen über die Art der Pflasterung. Dem Einen war das Laufband zu unterschiedlich zu der umliegenden Pflasterung, dem Anderen zu glatt. Wie so oft im Leben, wurde dann aber ein Kompromiss gefunden, mit dem sowohl Denkmalbeirat als auch die betroffenen Behinderten leben können. Zum Abschluß begrüß-

te Bärbel Keiner die zunehmende Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Behinderten und Senioren und dankte den Beteiligten für die lösungsorientierte Zusammenarbeit.

Baudezernent Harald Semler erläutert die baulichen Möglichkeiten

Bärbel Keiner, Stadträtin und Vorsitzende des Behindertenbeirates im Gespräch mit Walter Enders.



Präsentation Wetzlars bei der Ski-WM in Schladming

Kulturamt und Touristinformation Wetzlar stellten die Domstadt bei dem Skispektakel in Schladming vor

Auch Wetzlarer waren bei der Ski-Weltmeisterschaft in Schladming zugegen.

Weniger sportlich aktiv, aber stets im Auftrag der Stadtwerbung präsentierten Karina Richter von der Touristinformation, Melanie Meier vom Kulturamt und Friedel und Dieter Steinruck von der Deutsch-Österreichischen Gesellschaft Wetzlar e.V. die Domstadt in einem speziell modifizierten Container mit Promotionaufdruck auf der Fan-Meile am Hauptplatz in der steiermärkischen Partnerstadt.

In Vertretung des Partnerschaftsdezernenten Karlheinz Kräuter reiste Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck nebst Gattin Sybille an, um dem Wetzlarer Team hilfreich zur Seite zu stehen, welches mit Werbeprospekten, Wertherbonbons, Gummibärchen und zahlreichen Souvenir-Artikeln schnell mit Einheimischen und Besuchern gleichermaßen ins Gespräch kam. Angesagte Gesprächsthemen waren unter anderem die „Partnerschaft zwischen Wetzlar und Schladming“ sowie touristische Werbung Wetzlars mit dem Aktiv-Programm „Wandern, Wasserwandern und Radfahren im Lahntal“.

Neben zahlreichen Interessenten und dem allgegenwärtigen offiziellen WM-Maskottchen Hopsi statteten auch Bürgermeister Jürgen Winter und die Stadträte Klaudia Kurz und Werner Held aus Schladming dem Wetzlar-Informationstand einen Besuch ab.



(v.l.n.r.) Melanie Meier (Kulturamt Wetzlar), Friedel Steinruck (DÖG Wetzlar), Werner Held (Stadtrat Schladming), Klaudia Kurz (Stadträtin Schladming), Udo Volck (Stadtverordnetenvorsteher Wetzlar), Dieter Steinruck (DÖG Wetzlar), Karina Richter (Touristinformation Wetzlar) und Jürgen Winter (Bürgermeister Schladming)



Am Rande der Ski-WM in Schladming traf sich Stadtverordnetenvorsteher Udo Volck (rechts) mit Schladmings Altbürgermeister Hermann Kröll, der allen Freunden und Bekannten auf diesem Wege die herzlichsten Grüße aus Schladming übermittelt.

weru
Fenster und Türen fürs Leben

NEU
FASERVERSTÄRKTER
HIGH-TECH WERKSTOFF
MADE IN GERMANY

sparsam

sicher

stabil

Das Hochleistungsfenster der Zukunft! Weru-Thermico

Tauschen Sie jetzt Ihre alten Fenster gegen neue Weru-Thermico-Hochleistungsfenster aus und profitieren Sie von: weniger Heizkosten, höherer Sicherheit, mehr Tageslicht!

weru Fachbetrieb

Industriegebiet Schwalbach
35641 Schöffengrund
Telefon (0 64 45) 92 53-0
Fax (0 64 45) 92 53-50

Bepler

Tore
Fenster
Sonnenschutz
Rollladen & Metallbau

Ihr Partner rund ums Haus!
www.rolladen-bepler.de

25. Heringssessen der SPD Münchholzhausen

Politische Prominenz bei der Jubiläumsveranstaltung · „Bubi“ Streck wird geehrt für 41-jährige, aktive Mitgliedschaft in der SPD

Nicht nur in Bayern, nein auch in Münchholzhausen gibt es seit vielen Jahren einen politischen Aschermittwoch, verbunden mit einem Heringssessen.

Zum 25. Mal hat der SPD-Ortsverein zum Heringssessen eingeladen. Zuerst fand diese Veranstaltung im Saal des Dorfgemeinschaftshauses und seit 1991 im Bürgerhaus statt. Begonnen hatte es als Vereinsgespräch mit Oberbürgermeister Walter Froneberg. Später wurde es zu einem Ausflug in die große Politik mit ehemaligen und aktiven hessischen Ministern. Heute hat die Veranstaltung wieder kommunalpolitische Inhalte. Der Orts-



Schon die Jüngsten sind interessiert

vorsteher, städtische Kommunalpolitiker sowie die Landräte Gerhard Bökel, Karl Ihmels und Wolfgang Schuster waren und sind Gäste der Münchholzhäuser SPD. Wenn sich auch die Inhalte verändert haben, geblieben sind der leckere Heringssalat und der große Zuspruch der Bevölkerung.

Der kleine SPD-Ortsverein Münchholzhausen ist stolz über den Erfolg dieser Veranstaltung. Es ist vermutlich eine der größten regelmäßigen Parteiveranstaltungen im gesamten Lahn-Dill-Kreis. Ob die interessanten politischen Gespräche oder der gute Heringssalat dafür verantwortlich ist, kann nicht genau beurteilt werden.

In diesem Jahr stellten sich



Manfred Wagner, Murat Polat, Jörg Kratkey, Hans Joachim „Bubi“ Streck, Tobias Rompf, Dagmar Schmidt, Peter Helmut Weber

die Kandidatin der SPD für den Deutschen Bundestag, Dagmar Schmidt und der Kandidat für den Hessischen Landtag, Murat Polat den zahlreichen Besuchern vor. Mit Bürgermeister Manfred Wagner und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Wetzlar, Jörg Kratkey wurden auch die Spitzen sozialdemokratischer Mandatsträger unserer Stadt von dem Ortsvereinsvorsitzenden Tobias Rompf begrüßt. Natürlich fehlte auch Ortsvorsteher Peter Helmut Weber nicht.



Das hat allen geschmeckt.

Dagmar Schmidt und Murat Polat haben beide ihre Schwerpunkte in den Bereichen Arbeit und Soziales. Dagmar Schmidt hat zusätzlich noch Wirtschaft und Familie als Arbeitsschwerpunkt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird für sie ab Mai nicht nur ein politisch wichtiges, sondern auch ein persönlich wichtiges Thema werden. Gerechtigkeit hat für sie eine besondere Stellung. Sie fordert Lohngleichheit für Leiharbeiter und Stammbeschäftigte und für Frauen und Männer sowie einen gesetzlichen Mindestlohn. Gleiche Chancen in der Bildung ist eine weitere Forderung. Es kann nicht sein, dass immer noch die Herkunft über die Zukunft entscheidet. Über eine Bürgerversicherung muss Gesundheit und Pflege für alle gleich sein. Auch eine gerechtere Vermögensverteilung ist dringend geboten. Wir brauchen eine gerechtere Steuerpolitik, in der starke Schultern mehr tragen als Schwache, sagte Schmidt.

Murat Polat, der SPD-Kandidat für den Landtag, sieht sich selbst als einen deutschen Sozialdemokraten. Der 43-jährige zweifache Vater ist mit drei Jahren aus

der Türkei nach Deutschland gekommen und lebt seit 12 Jahren in Solms. Nach seiner Meinung darf das Kreiskrankenhaus nicht verkauft werden. Die privatisierte Uni-Klinik in Gießen ist für ihn ein abschreckendes Beispiel. Weiter ist er der Meinung, dass der Kreis die Anteile an dem Energieversorger eon-Mitte zurückkaufen soll, um Einfluss auf die Energieversorgung nehmen zu können.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Kratkey berichtete, dass der Magistrat beauftragt werden soll, das Baugebiet Schattenlänge endlich zu realisieren.

Bürgermeister Manfred Wagner hob die Bedeutung der Wetzlar-Card hervor. Für etwa 7.500 Menschen bedeutet das Vergünstigun-

gen in vielen, von der Stadt mitfinanzierten Einrichtungen. Diesen Vorschlag hat einzig die CDU im Wetzlarer Stadtparlament abgelehnt.

Ortsvorsteher Peter Helmut Weber freute sich in seinem Tätigkeitsbericht, dass endlich die Aka- zien entlang der Weingartenstraße gefällt wurden.

Zum Abschluss wurde Hans Joachim Streck, der langjährige Kassierer des SPD-Ortsvereins Münchholzhausen, noch geehrt. Die verspätete Ehrung wurde nun für 41 Jahre Mitgliedschaft vorgenommen.

Mit zahlreichen interessanten Gesprächen ging der Abend zu Ende.



Verantwortlich für die leckeren Matjes und Pellkartoffeln: die Frauen der SPD

Nauborner Heringssessen der SPD im Schützenhaus

Seit Jahren eine feste Größe in Nauborn



Peter Pausch konnte wieder zahlreiche Gäste begrüßen

Rüdiger Veit: Wir sind noch lange nicht am Ziel

Hermannsteiner Veranstaltungsreihe „Essen für einen guten Zweck“

Die Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Essen für einen guten Zweck“ zog auch in seinem 16. Jahr Mitglieder und Freunde des SPD-Ortsvereins Hermannstein/ Blasbach und viele politisch interessierte Bürger Hermannsteins an.

Eine Veranstaltungsserie, bei der immer am Aschermittwoch nach dem obligatorischen Heringssessen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Medizin abwechselnd zu Wort kommen. In diesem Jahr – einem Jahr mit Landtags- und Bundestagswahlen – erschien es den Organisatoren mehr als selbstverständlich, den Gästen wieder einmal einen Politiker zu präsentieren.

Ortsvereinsvorsitzender Eberhard Spamer zeigte sich angesichts des vollen Saales auch erfreut darüber, dass der heimische Bundestagsabgeordnete Rüdiger Veit für diesen Abend gewonnen werden konnte.

Veit ging zunächst auf die 150-jährige Geschichte der SPD ein und kam zu dem Ergebnis, dass die Partei in diesen 150 Jah-



Rüdiger Veit bei seinem Vortrag

ren zwar viel für die Gesellschaft und insbesondere für die Arbeitnehmererschaft erkämpft habe, aber lange noch nicht am Ziel sei.

Er machte dies deutlich an seinem zentralen Thema der „Sozialen Gerechtigkeit“ und forderte endlich gleiche Bildungschancen für alle Kinder durchzusetzen. Er geißelte den Niedriglohnsektor, wies auf dessen Auswirkungen im Alter hin, stellte fest, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderginge und sich

die Zahl der Millionäre in Deutschland in den letzten Jahren trotz Finanzkrise mehr als verdoppelt habe.

Das von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld verschärfe noch die gegenwärtige Ungleichheit.

Auch kritisierte er die geringe finanzielle Ausstattung der Kommunen und dass die Energiepolitik weit hinter den vorgegebenen Zielen zurückliege. Seine Ausführungen zur EU gipfelten in der Festlegung, dass die „Merkelsche“ Politik den Steuerzahler noch erheblich belasten werde. Er wünsche sich für das laufende Jahr eine hohe Präsenz der SPD, die Regierungsübernahme sowohl im Land als auch im Bund und damit die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für 140.000 junge Menschen in Hessen, die derzeit ohne Bildungsabschluss sind. Sie müssen die Chance zur Teilhabe an der Arbeitswelt und Gesellschaft erhalten.

Abschließend lud er alle Teilnehmer ein, den Wahltermin am 22. September unbedingt wahrzunehmen.

Das traditionelle Heringssessen der Nauborner SPD fand in diesem Jahr im Vereinsheim des Schützenvereins Nauborn 1927 e.V. statt.

Bereits seit einigen Jahrzehnten lädt die SPD Nauborn hierzu Bürgerinnen und Bürger ein, die sich ehrenamtlich in Nauborner Vereinen, Organisationen, der Kirchengemeinde oder anderen Institutionen engagieren.

Die Anerkennung des Ehrenamtes soll somit im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen; die Einladung zum Heringssessen mit Pellkartoffeln ist ein Dankeschön für den erforderlichen Zeitaufwand und die geleistete Arbeit.

Als Gast der Nauborner SPD präsentierte sich der SPD-Kandidat für die Landtagswahl 2013, Murat Polat. Er stellte sich zunächst persönlich vor und erläuterte, weshalb er einst die SPD als seine politische Heimat gewählt hat. Sodann informierte er die Vereinsvertreter über seine politischen Vorstellungen als



Murat Polat

Landtagskandidat. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Themen soziale Gerechtigkeit, faire Löhne für gute Arbeit und eine familienfreundliche Politik.

Der Vorsitzende der Nauborner SPD, Peter Pausch, bedankte sich bei dem Team, welches den Heringssalat zuvor am Faschingsdienstag in bewährter Weise hergestellt hatte. Die SPD-Gäste verbrachten im Schützenhaus noch geraume Zeit bei interessanten Gesprächen.

KIFÖG: Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden

Von Gerhard Merz, MdL

Nein, dies ist und bleibt ein schlechter Gesetzentwurf! Man kann es drehen und wenden wie man will: Der schwarz-gelbe Entwurf eines „Kinderförderungsgesetzes“ (KiFöG) würde zu deutlichen Verschlechterungen der Qualität der frühkindlichen Bildung führen, er ist schlecht für Kinder, Eltern, Personal und Träger.

Das ist die Wahrnehmung in der gesamten Fachwelt, von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Personalräten, Elternvertretungen. Es findet sich bei den Betroffenen praktisch niemand, der diesen Entwurf gut findet oder verteidigt. In den wenigen Wochen seit seinem Bekanntwerden hat sich eine landesweite Protestwelle aufgebaut, die in den kommenden Wochen noch an Stärke zuneh-

men wird. Überall in den Städten, Gemeinden und Regionen formieren sich Aktionsgruppen zu unterschiedlichsten Formen des Protests, zahlreiche Aktionen vor Ort haben bereits stattgefunden (so ja auch schon eine Demo in Wetzlar), landesweite Aktionen sind bereits geplant.

Wir als SPD und ich als verantwortlicher Fachsprecher unterstützen diesen Protest von allem Anfang an. Schon Anfang Dezember ist bei einer „Anhörung von unten“, zu der ich eingeladen hatte, deutlich geworden, dass dieses Gesetz zu größeren Gruppen, schlechteren Betreuungszeiten, weniger Personaleinsatz, verstärktem Einsatz von Nicht-Fachkräften, schlechteren Arbeitsbedingungen, schlechterer Finanzierung führen wird. Entgegen den



Foto: Fotolia

Behauptungen von Schwarz-Gelb wird auch alles nicht einfacher und transparenter. Der Hauptpunkt aber ist der: Dieses Gesetz, das doch die Grundlage für frühkindliche Pädagogik bilden soll, enthält nicht den Funken eines päd-

agogischen Gedankens, dafür aber viel Betriebswirtschaft. Und der Hauptpunkt ist auch: Auch nach diesem Gesetz bleibt der Anteil des Landes an der Kita-Finanzierung kläglich – wenn man einmal von dem Geld absieht, zu dessen

Zahlung das Land erst durch Urteil des Staatsgerichtshofs gezwungen werden musste.

In Zukunft wird – wer eine Kita betreibt oder leitet – hart am Wind segeln müssen, wird immer wieder neu berechnen müssen, wie er für seine Leistungen eine halbwegs vernünftige Kostenbeteiligung durch das Land erhält. Er wird ständig mit den Variablen besetzter Platz, Alter der Kinder, Betreuungsmittelwert usw. jonglieren müssen. Verlässliche Planungen sind so nicht möglich. Das gilt nicht nur für die Träger, sondern auch für das Personal, das sich auf mehr Teilzeit-, mehr befristete, mehr flexibilisierte Verträge einstellen muss, das gilt auch für die Eltern.

Nein: Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

EU-Haushalt: An der falschen Ecke gespart

Udo Bullmann, MdEP: Absurder Haushaltsstreit bestimmt Tagesordnung der EU

Steigende Jugendarbeitslosigkeit, sich anbahnende Rezessionen in Frankreich und Deutschland, die weiterhin angespannte Lage in Irland, Portugal, Spanien und Griechenland, ein möglicher Austritt Großbritanniens aus der EU.

Angesichts der Nachrichtenlage müssten Europas Staats- und Regierungschefs mit der Lösung der dringendsten Probleme unseres Kontinents alle Hände voll zu tun haben. Stattdessen jedoch verstrickten sie sich in den vergangenen Monaten in einen absurden Streit: Um den EU-Haushaltsrahmen 2014–2020 entfachte sich ein großes Feilschen und Schachern. Kleines Karo statt echter Lösungen.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Beim EU-Haushalt geht es immer um eine Menge Geld. Doch letztlich stritten die EU-Staa-

ten in den Monaten zwischen November (vergangenen) und Februar (diesen Jahres) um 14 Milliarden Euro, also 0,00112 Prozent der europäischen Wirtschaftskraft. Die Europäische Kommission hatte im November den Haushalt auf jährlich 150 Milliarden Euro veranschlagt. Nettozahlern wie Deutschland oder Großbritannien war dieser Betrag jedoch zu hoch. Sie forderten Kürzungen im Umfang von 14 Milliarden Euro und konnten sich damit weitgehend durchsetzen.

Nach langem Gezerre hinter verschlossenen Türen verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs schließlich einen EU-Haushalt in Höhe von jährlich etwas mehr als 137 Milliarden Euro.

Klingt an sich gut, wenn am EU-Haushalt Einsparungen vorgenommen werden können. Aber: Der Beschluss der Staats- und Re-

gierungschefs ist ein Paradebeispiel für die Redewendung „an der falschen Ecke gespart“. Denn dort, wo wir Wachstum anschieben müssen, werden die Budgets zusammengestrichen. Das gilt vor allem für die Erforschung neuer Technologien, die Schaffung neuer Produkte, den Ausbau von schnellem Internet oder die Erweiterung unserer Verkehrswege. Die Konsequenz der Kürzungen: Wir verbauen uns selbst Zukunftschancen und geraten im globalen Wettbewerb weiter ins Hintertreffen.

Auf der anderen Seite bleiben alte Besitzstände unangetastet. So machen die Agrarsubventionen weiterhin knapp 40 Prozent (!) des Haushalts aus. Hinzu kommt: Beschäftigungsförderung im ländlichen Raum, eine Ökologisierung unserer Landwirtschaft oder die Stärkung kleiner und mittlerer Höfe (typisch in unserem Mit-

telhessen) finden bis auf Weiteres eine zu geringe Berücksichtigung. Hier kämpfen wir als deutsche Sozialdemokraten für nachhaltige Veränderungen.

Doch noch ist der EU-Finanzrahmen nicht in trockenen Tüchern. Er tritt erst dann in Kraft, wenn ihm das Europäische Parlament zustimmt. Dass diese Zustimmung keine Selbstverständlichkeit ist, macht eine gemeinsame Erklärung von Sozialdemokraten, Konservativen, Liberalen und Grünen deutlich. Sie üben scharfe Kritik am Deal der Mitgliedstaaten. Daher wird das Parlament nur unter bestimmten Voraussetzungen zustimmen: Wir brauchen neue Schwerpunkte für zusätzliches Wachstum, auch durch eine flexiblere Haushaltsgestaltung, sowie Mittel für einen entschiedenen Kampf gegen die europaweite Jugendarbeitslosigkeit.



Udo Bullmann gehört dem Europäischen Parlament seit 1999 an und arbeitet dort in den Ausschüssen für Wirtschaft und Währung sowie Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten. Seit Februar 2012 ist der gebürtige Gießener Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten. Sein Wahlkreis umfasst die 18 Landkreise und kreisfreien Städte in Mittel und Südhessen mit etwa vier Millionen Einwohnern.



Christoph Görg, Anzeigenredaktion

Liebe Leser,
die nächste Ausgabe der
Wetzlarer Nachrichten erscheint

Freitag, den 11. Mai 2013

Anzeigen nehmen wir gerne auf
bis Mittwoch, 2. Mai 2013

Anfragen richten Sie bitte an:

goerg@spd-wetzlar.de
Telefon 01 51-46 51 33 86

Wir bringen Leben in die Bude!

Und das nicht zu knapp. Über 7000 Bürgerinnen und Bürger fühlen sich schon heimisch mit uns. Egal ob Miet- oder Eigentumswohnung: Wir sind Ihr kompetenter Partner für Wetzlar und Umgebung. Mehr Informationen zu uns und unseren Angeboten Tel.: **06441/9012-0**, per Internet **www.wwg-wetzlar.de**



Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH

www.spd-wetzlar.de

Dagmar Schmidt kandidiert für den Bundestag

Die SPD Lahn-Dill setzt auf die 39-jährige aus Dutenhofen, die unsere Region in Berlin vertreten soll

Zum zweiten Mal nach 2009 kandidiert Dagmar Schmidt für den Deutschen Bundestag. Die 39-jährige Historikerin aus Dutenhofen wurde von der heimischen SPD mit einem klaren Votum von über 94 % als Bundestagskandidatin für den Bundestagswahlkreis 172 nominiert. Die Bundestagswahl findet am 22. September 2013 statt. Dagmar Schmidt stellt sich vor.



Ich bin 1973 geboren und in einer sozialdemokratischen Familie aufgewachsen, in der die Erfahrung von Verfolgung und Unfreiheit sowohl während der Nazi-Herrschaft als auch in der DDR zur Familiengeschichte gehört. Diese Erfahrungen bewegten mich, Verantwortung zu übernehmen und meinen Beitrag zu einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu leisten. Dabei hat für mich persönlich der Kampf gegen Vorurteile und Rassismus, für soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit und die internationale Verantwortung Deutschlands und Europas für eine friedliche und gerechte Welt eine besondere Bedeutung.

Deshalb bin ich seit meinem 16. Lebensjahr Mitglied der SPD und auf den verschiedensten Ebenen haupt-, vor allem aber ehrenamtlich, engagiert.

Meine ehrenamtliche Arbeit umfasste dabei die verschiedensten

politischen Bereiche von den Jusos über aktive Hochschulpolitik bis zur Gremienarbeit innerhalb der SPD vor Ort und überregional.

Darüber hinaus habe ich im Ortsbeirat und im Kreistag kommunalpolitische Erfahrung gesammelt und mich dort, vor allem für soziale Fragen, engagiert.

Nach dem Abschluss meines Studiums der Geschichtswissenschaften mit einer Magistraarbeit über die programmatische Entwicklung der Nachkriegs-SPD, bis zur Regierungsbeteiligung unter Willy Brandt, habe ich zunächst als Abgeordnetenmitarbeiterin gearbeitet. Von dort bin ich als wissenschaftliche Referentin in die Lan-

desgeschäftsstelle der hessischen SPD gewechselt und von dort in die Geschäftsstelle der Landtagsfraktion. Hier arbeite ich bis heute als parlamentarische Referentin für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie als Grundsatzreferentin.

Im Jahr 2009 habe ich das erste Mal für die SPD im Lahn-Dill-Kreis für den Bundestag kandidiert. Leider habe ich den Einzug in den Bundestag nicht geschafft. Ich werde aber 2013 erneut antreten, um vor allem die Themen Arbeit, Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit in Berlin zu vertreten.

Ich stehe für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Wir

brauchen endlich einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der auch ein gutes Leben im Alter ermöglicht. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bei Männern und Frauen und Leiharbeitern und Stammebelegschaft ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Ich stehe für eine Wirtschaft, deren Antrieb Innovationen und Qualität, nicht aber Lohndumping ist. Dafür müssen wir gute Rahmenbedingungen bei Bildung, Forschung und dem Ausbau der

Infrastruktur schaffen.

Ich stehe für eine gerechte Familienpolitik, in der Väter und Mütter dabei unterstützt werden, Familie – Kinder und Pflegebedürftige – und Beruf gut und gleichberechtigt miteinander vereinbaren zu können. Glückliche Familien sind nicht per Gesetz zu verordnen. Aber Politik kann einen Beitrag dazu leisten, es Familien leichter und sie damit ein bisschen glücklicher zu machen.



Mit großer Mehrheit von den Delegierten wieder aufgestellt: Dagmar Schmidt

Radverkehr in Wetzlar – es besteht Handlungsbedarf

SPD sieht sich durch ADFC-Umfrage bestätigt

Dass es um die Rahmenbedingungen für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer in Wetzlar nicht gerade zum Besten bestellt ist, ist in der Domstadt ein offenes Geheimnis, auch wenn die in den vorangegangenen Wahlperioden Verantwortung tragenden Christdemokraten immer wieder geneigt sind, dies zu negieren. Aktuell hat nun auch eine Studie des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) dies bestätigt. Unter 47 beteiligten hessischen Kommunen nimmt die Stadt an Lahn und Dill gerade einmal Rang 43 ein.



Nicht überall in Wetzlar ist es für Radfahrer so idyllisch, wie am Ende der Friedensstraße

geführt, um die Verbesserung der Ausschilderung, die Reinhaltung der Wege, die Frage der Mitnahme der Räder in öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch das Vorhalten von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gehen“.

Und schließlich gelte es auch die Stelle eines ehrenamtlichen Radverkehrsbeauftragten einzurichten. Dessen Funktion solle es im Wesentlichen sein, Hinweise und Anregungen der Radfahrerinnen und Radfahrer aufzunehmen und in die Verwaltung hineinzutragen. Zudem gelte es, städtische Verkehrsplanungen zu begleiten und

die Belange der Velo-Fahrer frühzeitig einzubringen.

Kratkey abschließend: „Wir wollen, dass mehr Menschen das Fahrrad nutzen, um sich unsere Stadt zu erschließen. Folglich müssen wir unsere Strukturen prüfen und unsere Planungen auch an den Belangen der Radfahrerinnen und Radfahrer ausrichten. Dabei wollen wir nicht nur die Wetzlarerinnen und Wetzlarer, die ihre Stadt gut kennen, in den Blick nehmen sondern gerade auch die Radtouristen, für die Wetzlar und das Lahntal zunehmend ein lohnenswertes Reiseziel darstellt.“

Das kann teuer werden!

Endabrechnung der Altstadt-Sanierungsgebiete steht noch aus. CDU verschleppte das Thema.

Schon weit über 30 Jahre läuft die Sanierung der Altstadt. Die Stadt Wetzlar hat viel Geld zur Stadterneuerung in die Hand genommen, aber auch die Eigentümer haben viel investiert.

Die Stadtsanierung hat der Altstadt gut getan. Allerdings gibt es einen großen Schuss Wasser, der in den Wein gegossen werden muss. Während in Gebieten, in denen keine Sanierungssatzungen gelten, die Anlieger über Straßen- und Erschließungsbeiträge finanziell zu vergleichbaren Maßnahmen beitragen müssen, sind die Eigentümer im Geltungsbereich der Sanierungsgebiete davon befreit.

Das bedeutet aber nicht, dass nichts zu zahlen wäre. Vielmehr wird nach Abschluss der Sanierung der Bodenwert vor und nach der Sanierung gegenübergestellt und die inflationsbereinigte Differenz ist als Beitrag der Eigentümer zu zahlen.

Seit gut 15 Jahren ist die Sanierung so gut wie abgeschlossen. Doch der frühere Stadtbaurat Achim Beck (CDU) scheute es wie der Teufel das Weihwasser, diese Themenstellung anzugehen, obwohl er gesetzlich dazu verpflichtet war und das Land bereits vor Jahren auf einer endgültigen Abrechnung besteht. Jetzt hat das Land eine letzte Frist gesetzt, die bis



Schön aber aufwändig: Altstadtsanierung

Ende 2015 geht. Dann muss abgerechnet sein. Die Verschleppungstaktik der CDU kommt dabei die Eigentümer in der Altstadt nach Einschätzung von Experten teuer zu stehen. Eine Abrechnung vor 15 Jahren wäre möglich und inflationsbereinigt für die Eigentümer womöglich günstiger ausgefallen als jetzt, wo sich die Bodenwerte infolge des Trends in die Städte auf hohem Niveau behaupten.

Die CDU hat den Hauseigentümern in der Altstadt möglicherweise durch diese Verschleppungstaktik einen Bärendienst erwiesen.

AUFGEPASST!

Mit seinem Clown-Vergleich für die Italienischen Wahlsieger Grillo und Berlusconi hat SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück viel Wirbel erzeugt.

Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano sagt ein Abendessen ab, Merkel eubt sich wie immer nicht – aber der Direktor des Circus Roncalli ist erbost: Er verbittet sich, mit Berlusconi verglichen zu werden.

Dabei wären die beiden sogenannten Clowns nicht ernst zu nehmen und durchaus belustigend: Der eine, Grillo, hält AIDS für einen Schwindel und bittet Deutschland um Krieg. Der andere, Berlusconi, hat kein Programm, das auch nur einen Tag hielte – dafür steht seine Politik auf einer Oben-ohne-Abgeordneten der Größe D, flotten Mädchen, Geld und, oh ja, nackten Frauen im Fernsehen.

Bedauerlicherweise hat der Wähler entschieden ihnen Macht zu geben, um es mit Norbert Röttgen zu sagen (der ohne AIDS und Brüste seine Wahl damals verloren hat).

Also unlustige Clowns? Geht nicht, sagt Bernhard Paul (Clown seit 36 Jahren und Chef des Roncalli), denn ein Clown sei ein Mensch der „die Menschen zum Lachen bringt, ohne sie dabei zu einem Opfer zu machen“.

Recht hat er da. Grillo und Berlusconi haben nun die Mög-

lichkeit, nicht nur ihre 16 Millionen Wähler oder die 60 Millionen Italiener, sondern sogar alle 500 Millionen Europäer zu Opfern zu machen.

Italien ist so mächtig wie nie zuvor, mit etwas Geschick kann es den Euro zerstören – dieses Geschick hat Berlusconi schon bewiesen, indem er Italien in den jetzigen Zustand versetzt hat.

Bleiben wir also doch lieber in Deutschland. Unsere Clowns in der Regierung machen wenigstens nichts kaputt – schließlich machen sie weitgehend gar nichts. Außer Anekdoten produzieren:

- Der Innenminister darf nicht mit seiner Frau telefonieren, weil er sonst das Amt nicht will.
- Für die Familienministerin ist Politik „nicht immer nur Ponyhof“.
- Der Entwicklungshilfeminister hält sein Amt seit Jahren für Unsinn.
- Die Bildungsministerin hatte gerade Zeit für das Amt, da sie zuhause abgewählt wurde.
- Die Bundeskanzlerin war Propagandaführerin der Kommunisten und hat, kein Witz, einen Minister für besondere Aufgaben ...

Warum also in die Ferne schweifen?



Die Sexismusdebatte – überfällig oder unnötig?

Jusos debattieren zum Thema



Foto: Nicole Marcellini

Reizend oder aufreizend, wer will das abschließend klären?

Angestoßen von dem Sternartikel über Rainer Brüderle, beteiligte sich die Juso AG Wetzlar an der Debatte um Sexismus.

Spätestens nach den vielen Meldungen auf Twitter, wo Frauen und auch einige Männer ihre Erfahrungen zum Thema Sexismus unter „Aufschrei“ sammelten, hat diese Diskussion ein gesellschaftliches Ausmaß erreicht. Zu dem Thema: „Die Sexismusdebatte – längst überfällig oder unnötig?“ fand der

erste politische Abend in diesem Jahr statt.

Jungenossin Louisa Süß führte mit einer Definition des Begriffes nach verschiedenen Gesichtspunkten in die Veranstaltung ein. Danach diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über verschiedene Thesen, wie „Frauen provozieren durch ihre Kleidung“ oder „Es ist sexistisch, wenn eine Frau von einem fremden Mann Süße, Schönheit oder Schätzchen genannt wird.“

Hierbei wurde auch der weibliche Sexismus angesprochen, denn Männer fühlen sich häufig von Frauen sexuell belästigt. Im Verlauf des Abends wurde immer wieder verdeutlicht, dass nicht alles direkt sexistisch ist und von der jeweiligen Situation und Beziehung zu der anderen Person abhängt.

Der nächste politische Abend findet am 24. März statt und ist eine weitere Veranstaltung, die zur Diskussion zu aktuellen Themen einlädt.

Antisemitismus auf britisch

Britischer Abgeordneter Galloway weigert sich, mit Israeli zu diskutieren

Man stelle sich vor, ein Bundestagsabgeordneter kommt zu einer Diskussion mit Studenten. Sein Diskussionspartner stellt sich als Ausländer heraus, als Israeli. Daraufhin verlässt der Abgeordnete die Diskussion, denn „Ich debattiere nicht mit Israelis“.

Udenkbar? In Deutschland (noch) ja. In Großbritannien leider nicht – am 20. Februar verließ der linke Abgeordnete George Galloway eine Diskussion in Oxford, da sein Gegenüber Eilon Aslan-Levy über Israel in der „Wir“-Form sprach.

Galloway, ehemals Mitglied der Labour-Party (entspricht in etwa der SPD), war von 2005 bis 2010 und ist seit 2012 einziger Abgeordneter für die Respect-Party im britischen Unterhaus.

Respect ist eine wegen des Irak-Krieges von Labour abgespaltene Partei, die für Respekt, Gleichheit, Sozialismus, Frieden, Umweltschutz, Gemeinschaft und die Gewerkschaftsbewegung eintritt – fordert aber gleichzeitig, dass Galloway für seine Aktion Beifall gesendet

werden sollte, statt ihn zu verdammen.

Statt auf Dialog, basiert Galloways Politik jedoch auf Konfrontation mit Israel: „Ich habe mich heute Abend geweigert, in Oxford mit einem Israeli, einem Anhänger des Apartheid-Staats Israel, zu debattieren. Der Grund ist einfach: keine Anerkennung, keine Normalisierung. Nur Boykott, Kapitalabzug und Sanktionen, bis der Apartheid-Staat niedergeschlagen ist. Ich debattiere nie mit Israelis und spreche auch nicht mit ihren Medien.“

Dumm für Galloway, dass er selbst in seiner Fernsehsendung „Comment“ angibt, mit vielen Israelis zu sprechen, die natürlich allesamt gegen Israel eingestellt seien. „Comment“ wird übrigens auf PRESSTV ausgestrahlt – einem iranischen Propagandakanal. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ...

Klugerweise spricht Galloway allerdings nie von „den Juden“, sondern von „den Israelis“. Scheinbar reine Kritik an einem Staat also.

Beachtet man jedoch, dass sich diese Kritik an einer Einzelperson entlädt (die ihre Geburt als Israeli nicht selbst entschieden hat),

und die politische Herkunft Galloways, sieht die Welt schon ganz anders aus: Galloway ist auf Lebenszeit aus Ägypten ausgewiesen, da eine seiner Anti-Israel-Aktionen den Tod eines ägyptischen Grenzers bewirkt hat – und er ist von der Hamas zum Ehrenpalästinenser ernannt worden. Die Hamas, man halte sich das vor Augen, betrachtet Juden als Parasiten statt Menschen.

Die Studenten in Oxford brachen in ungläubiges bis hilfloses Gelächter aus. Nicht einmal zu Gesprächen bereit zu sein, hatten sie wohl von einem Abgeordneten nicht erwartet.

Und so steht es in Deutschland auch: Wie weit der Antisemitismus (auch und gerade in der Tarnung als Israelkritik) in der Gesellschaft verankert ist, ist erschreckend und erschreckend unbekannt.

Lieber faucht man eine Referentin zusammen „mal was neues zu erzählen“, statt nochmal über die Zweistaatenlösung zu sprechen, wie vor wenigen Jahren an der Goetheschule geschehen.

Aber, das ist eine andere Geschichte ...

Willst DU ...

... aktiv am politischen Geschehen mitgestalten und deine Meinung einbringen?

... dich für soziale Gerechtigkeit stark machen?

... mit Gleichgesinnten über aktuelle politische Themen reden und diskutieren?

... einfach nur die Welt verbessern?

Dann melde dich einfach bei www.jusos-hessensued.de oder www.spd.de an.

Oder kontaktiere uns direkt unter jusos.wetzlar@yahoo.de!



Juso-AG Wetzlar · Bergstraße 60 · 35578 Wetzlar

Junge Leute zunehmend arbeitslos

Dr. Thomas Spies (SPD): Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit ist alarmierendes Zeichen

Als ein „alarmierendes Zeichen“ hat der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bezeichnet. „Die Zunahme der Arbeitslosigkeit von Menschen unter 25 Jahren muss für die Politik ein Alarmzeichen sein und ist bedauerlich“, sagte Dr. Thomas Spies.



Foto: Heiner Jung

Laut aktueller Daten ist die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen gegenüber dem Vorjahr um knapp 2000 Personen beziehungsweise um 12,1 Prozent gestiegen und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeitsentwicklung in Hessen. Hier bestehe Handlungsbedarf, so der SPD-Politiker, der auch auf die hohe Zahl von über 140.000 jungen Menschen unter 27 ohne abgeschlossene Berufsausbildung in Hessen hinwies. „Gerade am Beginn des Berufslebens darf niemand ausgeschlossen werden. Falsche Entscheidungen können später nur mit erheblichem Aufwand korrigiert werden und oft gelingt auch das nicht“, sagte Dr. Spies. Er verwies auf aktu-

Immer mehr Jugendliche gucken in die Röhre mit ihrer Ausbildung

elle Untersuchungen, die die positiven Auswirkungen einer dualen Ausbildung betonten. Jugendliche, die Probleme mit der Schule hätten, könnten hier eine gute Startgrundlage fürs Leben erhalten. Spies forderte die Landesregierung auf, sich der Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf anzunehmen. Der Sozialpolitiker kündigte an, dass die SPD in den nächsten Wochen dazu ein eigenes Konzept vorlegen werde. „Wir wollen, dass in Hessen kein junger Mensch mehr ohne Ausbildung bleibt. Jugendarbeitslosigkeit darf nicht einfach so hingenommen werden“, erklärte Dr. Spies.

Die Lösung: das Kuheselpferd

Mit einer neuen „Lasagnerasse“ wäre Frau Aigner aus dem Schneider



Collage: Heiner Jung

Nach Ansicht der Wetzlarer SPD ist der aktuelle Lebensmittelskandal ein erneuter Beweis dafür, dass die Hürden des Verbraucherinformationsgesetzes viel zu hoch sind.

Die Bundesregierung habe bei diesem Gesetz gar zu sehr den Schutz der Lebensmittelindustrie im Blick gehabt und viel zu wenig den der Verbraucherinnen und Verbraucher, so die Einschätzung der Genossen. Aigners Gesetz sei ungeeignet, die Verbraucher vor Betrug und Täuschung zu schützen, denn die Behörden dürften die Verbraucher nicht über die betroffenen Produkte informieren, solange nur

ein Täuschungsfall vorliege. In der Praxis bedeutet dieser absurde Schutzmechanismus, dass beispielsweise die Umetikettierung der Mindesthaltbarkeitsdaten, der Fund von Gammelfleisch oder irreführende Produktkennzeichnungen bei Anfragen an Behörden nicht offengelegt werden müssen. Mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sind auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor Ort der Ansicht, dass die hessische Landesregierung gefordert ist. Allen voran muss Staatsministerin Puttrich tätig werden, die für den Schutz der hiesigen Verbraucherinnen und Verbraucher verantwortlich

ist. Sie muss deshalb ihren Einfluss auf ihre Bundesministerin geltend machen, damit sich Frau Aigner nun endlich auf EU-Ebene für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Fleisch stark macht. Es genügt nicht, dass die Bundesregierung nach jedem Lebensmittelskandal von effektiveren Kontrollen spricht, sich de facto aber nichts tut. Nach dem Skandal ist vor dem Skandal – doch das kann es nach Ansicht der SPD nicht sein. Daher fordert sie ein stärkeres Informationsrecht der Verbraucher. Dies ist nach ihrer Bewertung ein wesentlicher Baustein, um Betrügereien zu begegnen.

CHRISTOPHS KOHECKE

Christophs Lachs mit Belugalinsen

Lachs aus dem Ofen mit schwarzen Belugalinsen und Kartoffelchen



Foto: Christoph Görg

Ich wurde gebeten, in der neuen Ausgabe unserer Wetzlarer Nachrichten „was fischiges“ anzubieten. Da habe ich mir gedacht, einfach und gut soll es sein. Für 4 Personen nehme ich ein schönes Lachsfilet von ca. 1 kg. Dieses leckere Stück Fisch mit Küchenkrepp abtrocknen und in eine leicht mit Olivenöl geschwenkte Auflaufform auf die Hautseite legen. Mit grobem Meersalz würzen, frische Kräuter je nach Geschmack um den Fisch drapieren, einige Scheiben frische Zitrone und ein oder zwei geviertelte Tomaten dazugeben. Den Backofen auf 120–140 Grad vorheizen. In der Zwischenzeit die gewaschenen Belugalinsen in leichtem Salzwasser kochen, bis sie bissfest darauf warten, mit einem guten Schuss trockenem Riesling abgelöscht zu werden. Nun ab mit dem Fisch in den vorgeheizten Ofen für etwa 20 Minuten. Die Kartoffel-

chen aufsetzen und den „betrunkenen“ Linsen zusehen, wie sie langsam den Punkt erreichen, an dem man einen ganz besonderen Geschmack dazugeben sollte. Bei zahllosen Besuchen in den Tempeln der Gaumenfreuden ist mir ein ganz besonderer Balsamico Essig mit Cranberry in die Hände gefallen. Der ist so lecker, man kann ihn auch einfach so mit dem Löffel essen. Aber nein, hier kommen zwei gute Esslöffel davon in die nun ziehenden Linsen. Der Riesling hat seinen Alkohol

ausgehaucht und die Linsen haben den Geschmack der Trauben angenommen. Feuer aus und einfach ziehen lassen. Die Kartoffelchen sind auch in der Zeit und der Blick in den Ofen sagt, noch 10 Minuten. Nun geht es los. Den Fisch in passende Stücke tranchieren und mit den Belugalinsen und den Kartoffelchen anrichten. Meine Empfehlung zur Komplettierung ist ein leckerer halbtrockener Riesling aus der Pfalz. War doch einfach, oder nicht? Mit wenig Aufwand sich und seinen Gästen einen Genuss zaubern ist was Tolles.

Für 4 Personen:
1 kg frisches Lachsfilet
Grobes Meersalz
Frische Kräuter
2 Tomaten
1 Zitrone
250 gr. schwarze Belugalinsen
Ein Glas halbtrockenen Riesling
Zwei Esslöffel Balsamico Essig mit Cranberry
Kartoffeln muss jeder nach Hunger entscheiden.

Gut – Besser – Gimmmler

Wir begeistern Menschen

Der neue Sommerkatalog 2013 ist da!
Gleich anfordern

RUNDREISEN

15.04.–23.04.	Italien pur! Bologna – Rom – Sorrent – Capri – Ischia – Gardasee inkl. HP in ausgewählten Hotels und vieler Ausflüge	ab € 915,–
01.05.–05.05.	Faszination Loiretal... ein königliches Vergnügen inkl. HP im Hotel Kyriad Tours und vieler Ausflüge	ab € 589,–
07.05.–15.05.	Galizien – Kleinod des Ostens inkl. HP in ausgewählten Hotels, aller Ausflüge und Auslandskrankenversicherung	ab € 954,–
23.05.–27.05.	Dänemarks Schlösser inkl. HP im ausgewählten Hotel und aller Ausflüge	ab € 619,–
29.05.–09.06.	Entlang der Adriaküste... Kroatien – Montenegro – Albanien inkl. ÜF in guten Hotels und vieler Leistungen und Ausflüge	ab € 1411,–
14.06.–20.06.	Das Schottische Hochland... lassen Sie sich verzaubern inkl. HP im gebuchten Hotel und verschiedener Ausflüge	ab € 749,–
15.06.–23.06.	Fjordland Norwegen und Westkap inkl. HP in guten Hotels und Programm	ab € 1199,–
18.06.–23.06.	Zum Mittsommerfest nach Schweden inkl. HP im Comfort Hotel Malmö, Mittsommerfest in Frederiksdal und vieles mehr	ab € 719,–
21.06.–27.06.	Frankreich – Wilde Atlantikküste inkl. HP in guten Hotels und aller Ausflüge	ab € 849,–
21.06.–29.06.	Bersteinland Ostpreußen inkl. HP in guten Hotels, Stadtbesichtigung Posen u.v.m.	ab € 939,–
24.06.–07.07.	Nordkap und Lofoten inkl. HP in guten Hotels, Inselführung Lofoten u.v.m.	ab € 1999,–
26.06.–30.06.	Dorset mit Isle of Wight inkl. HP in ausgewählten Hotels und vieler Ausflüge	ab € 534,–
30.09.–05.10.	Olmütz und die Mährische Bernsteinstraße inkl. HP in guten Hotels und aller Ausflüge	ab € 639,–

OSTERREISEN

28.03.–01.04.	Osterfest auf Rügen inkl. HP, Inselrundfahrt, Ostertanz und vieles mehr	ab € 449,–
28.03.–01.04.	Osterfreude im Salzkammergut inkl. HP, Osterdinner, Salzkammergut Seen-Rundfahrt, Schlösserschiffahrt und Eintrittskarte für das Osterkonzert	ab € 409,–
29.03.–01.04.	Ostern in Prag inkl. ÜF, Prager Burg und Altstadtführung	ab € 299,–
29.03.–01.04.	Ostern in der Lüneburger Heide inkl. HP, Kutschfahrt und Osterfeuer	ab € 319,–
29.03.–02.04.	Osterfest am Millstätter See inkl. HP im Hotel Simeter, Osteressen, Stadtführung Klagenfurt, Ausflüge nach Tarvisio, Bled und Velden	ab € 399,–

Beratung und Anmeldung:
35576 Wetzlar, Langgasse 73, Am Forum 1 · Telefon 0 64 41/9 01 00

Deutsche Meisterschaft Fußball-ID in Wetzlar

Sportliches Highlight vom 11. bis 14. Juni in der Domstadt



Wetzlar bereitet sich auf ein weiteres sportliches Highlight vor. Vom 11. bis zum 14. Juni 2013 kämpfen in der Sportstadt Teams um die Deutsche Fußballmeisterschaft der Fußballer mit einer intellektuellen Beeinträchtigung. „Wir sind gerne Gastgeber der Meisterschaften und freuen uns auf dieses große Ereignis“, erklärte Wetzlars Sportdezernent, Bürgermeister Manfred Wagner.

Die Eröffnungsfeier der Deutschen Meisterschaften wird am 11. Juni um 18.30 Uhr im Rosengärtchen stattfinden. Es wird ein attraktives Rahmenprogramm geboten, das den hohen Stellenwert dieser Meisterschaften unterstreicht. Soviel kann bereits heute verraten werden: U.a. werden Artem Ghazaryan und Thomas Greifenstein mit von der Partie sein, die bereits bei vielen Veranstaltungen Zuschauerinnen und Zuschauer mit ihrer Performance, einer Kombination aus Akrobatik und Kunstturnen, begeistert haben.

Für den fußballerischen Höhepunkt wird Alfred Reindl sorgen. In seiner Show zeigt er außergewöhnliche Fertigkeiten mit dem Ball: Bauchaufzüge mit dem Ball auf dem Kopf, den mehrfachen Nackentrick, Liegestütze mit dem

Ball im Genick, usw. Jüngst bei der WM in Südafrika verzauberte er die Fans mit dem Vuvuzela-Fußballtrick. Als krönendes Highlight schafft er 5 Kopfbälle pro Sekunde innerhalb seiner Kopfballweltrekorddemonstration, sensationelle 150 Kopfbälle in 30 Sekunden!

Daneben findet an diesem Abend auch die Auslosung der Gruppenpaarungen statt. Die Wettkämpfe selbst werden im Wetzlarer Stadion und auf den Plätzen der Bezirkssportanlage in Büblingshausen ausgetragen.



Artem Ghazaryan und Thomas Greifenstein

Manfred Wagner: „Wetzlar ist eine Stadt des Sports. Dazu gehört der Breiten-, wie auch der Leistungssport, aber auch der Behindertensport. Ich freue mich sehr, dass in unserer Stadt die Deutschen Fußballmeisterschaften ausgetragen werden.“

Neben attraktiven Fußballspielen erwartet der Sportdezernent, dass die Meisterschaften auch ganz maßgeblich dazu beitragen werden, der gesamtgesellschaftli-

chen Herausforderung der Inklusion sowohl Aufmerksamkeit als auch Auftrieb zu verleihen. Menschen mit Behinderungen werden mit ihren sportlichen Leistungen, mit ihrer Begeisterungsfähigkeit im Mittelpunkt stehen, werden das Stadtbild in den Tagen der Meisterschaften prägen und gewiss viele Besucherinnen und Besucher davon überzeugen, dass die gelebte Inklusion ein Gewinn für alle darstellt.

Sehr erfreut zeigte sich Wagner, dass es 2013 darüber hinaus in der Domstadt ein weiteres Sportereignis geben wird, das Menschen mit einem Handicap einbezieht. So wird der Reit- und Fahrverein Wetzlar im Rahmen seiner traditionellen Dressur- und Springtage im September auch die Deutschen Meisterschaften der Reiter und Reiterinnen mit Handicap ausrichten.

Alfred Reindl in seinem Element



Ottos Limericks ...

An dieser Stelle sollten wie in jeder Ausgabe dieser Zeitung die beliebten Limericks von Otto Malfeld stehen. Immer aktuell, immer mit einem konstruktiv-kritischen Blick auf die große und kleine Politik waren Ottos Limericks ein gern gelesener und wesentlicher Beitrag in den Wetzlarer Nachrichten. Doch leider starb Otto Malfeld am 24. Februar 2013.

Otto Malfeld, Jahrgang 1921, der als junger Mann die Schrecken des Krieges bei der Kriegsmarine erleben musste, kam in den Nachkriegswirren nach Wetzlar. Bei der Firma Leitz fand er seine berufliche Herausforderung und seit 1956 wirkte er in der Sozialdemokratischen Partei mit. Aufgrund der prägenden Erfahrungen seiner Jugend war er ein glühender Demokrat und ein Verfechter für Frieden und Völkerverständigung.

Mit Leib und Seele setzte er sich für seine Stadt Wetzlar und seine Region ein. Sowohl als Stadt-

verordneter, als Stadtverordneten-vorsteher, als Baudezernent und als letzter Bürgermeister der „alten“ Stadt Wetzlar wirkte Otto Malfeld viele Jahre ehren- und hauptamtlich. Er setzte dabei Akzente, unter anderem bei der Altstadtssanierung, dem Hessentag 1975 sowie den Städtepartnerschaften. Von 1972 bis 1976 war er Kreistagsabgeordneter des Landkreises Wetzlar und von 1979 bis 1981 noch einmal Kreistagsabgeordneter des neu gebildeten Lahn-Dill-Kreises und dort auch Kreistagsvorsitzender.

Otto Malfeld war Zeit seines Lebens Mitglied in vielen Vereinen und Institutionen. In der Marinekameradschaft, dem Wetzlarer Kunstverein, dem Roten Kreuz, dem Kulturfördering, bei den Naturfreunden und in der Gewerkschaft war er teils Jahrzehnte Mitglied und über viele Jahre aktiver Gestalter. Vielen weiteren Vereinen und Verbänden gehörte er an und drückte damit seine Verbunden-



Otto Malfeld an seinem 90. Geburtstag mit Landrat Wolfgang Schuster

heit für deren Aktivitäten aus.

Seine politische Heimat war die SPD. Als Ehrenvorsitzender der Wetzlarer Sozialdemokratie ließ er es sich nicht nehmen, an nahezu jeder Vorstandssitzung des Stadtverbandes teilzunehmen und sich aktiv einzubringen, bis es sein nachlassender Gesundheitszustand nicht mehr erlaubte. Er gehörte zu den Wenigen, denen die Willy-Brandt-Medaille als höchste Auszeichnung, die die SPD vergeben kann, verliehen wurde.

Otto Malfeld ist gegangen. Was bleibt sind die Erinnerungen an einen Mann, der unsere Stadt Wetzlar über viele Jahrzehnte mit unermüdlicher Einsatzbereitschaft, großer Kompetenz und Überzeugungskraft geprägt und gestaltet hat. Otto Malfeld hat in seiner bescheidenen, aufrichtigen, sympathischen und ausgleichenden Art viele Freunde gefunden und war über die Parteigrenzen hinweg anerkannt und geschätzt. Alle die ihn kannten, werden sich gerne an ihn und an die guten, detailreichen Gespräche mit ihm erinnern. Die aufrichtige Anteilnahme gilt seiner Frau Gertrude und allen Angehörigen.

Jörg Kratkey

UNSER BUCHTIPP

Ein damals sechsjähriges Mädchen beschreibt heute seine Erlebnisse im 2. Weltkrieg in Garbenheim.

Nicht irgendwo fernab, sondern direkt vor der Haustür hier im heutigen Wetzlarer Stadtteil Garbenheim, ereignet sich die Geschichte der kleinen Christa, die mit ihrer Familie wegen der Kriegswirren nicht von einem Verwandtenbesuch zurück in die Limburger Heimat reisen kann.

Im Buch von Christa Petersen, mit einer Einführung ihrer Schwester Heidemarie Hartmann, werden die schrecklichen Ereignisse und Auswirkungen des Naziterrors und der wahnsinnigen Hitlerbarbarei der 1930/1940iger Jahre aus der Sicht eines unschuldigen Kindes erzählt.



Ein lesenswertes und bewegendes Buch, nicht nur für ältere Generationen!

Christa Petersen
Der Eiserne Heinrich, 108 Seiten
Herausgegeben vom Heimatverein Garbenheim

VERANSTALTUNGS-TIPPS

13.3.2013
Die Welle – Jugendstück
Nach einem Klassiker von Morton Rhue
Uhrzeit: 10:00 Uhr
Ort: Stadthalle Wetzlar

13.3.2013
TM Stevens & Shocka Zooloo
feat: Neil Zaza & TC Tolliver
The King of Metal-Funk
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: Kulturzentrum Franzis

21.3.2013
Wir Barbaren –
Propaganda im ersten Weltkrieg
Vortrag mit Bernd Lindenthal
Ort: Aula, Obertorstraße 20

22.3.2013
CCR Revival Band
Blues & Rock
Uhrzeit: 21:00 Uhr
Ort: Kulturzentrum Franzis

27.3.2013
Die Schlager-Hits des Jahres
Die Tournee 2013
Einlass: 18:30 Uhr
Beginn: 19:30
Ort: Rittal-Arena Wetzlar

27.3.2013
HSG Wetzlar vs. SC Magdeburg
Handball-Bundesliga
Uhrzeit: 19:00 Uhr
Ort: Rittal-Arena Wetzlar

ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN
WETZLAR **AWO**
HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF "NEUSTADT"
WILHELM REITZ HAUS
35576 WETZLAR
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4
DONNERSTAG 14:30 UHR